ifo DRESDEN BERICHTET

03 2021

Mai/Juni 28. Jahrgang

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Die Spanische Grippe forderte 1918 in Deutschland 260 000 Tote

Mona Förtsch und Felix Rösel

Die Corona-Pandemie hat kaum negative Auswirkungen auf die Organspenderzahlen in Deutschland

Selina Schulze Spüntrup

"Betriebe in der Covid-19-Krise" – Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland

Christian Kagerl, Duncan Roth und Antje Weyh

In Sachsen verbleiben mehr Einwohner*innen als in den anderen ostdeutschen Bundesländern

Anna Kremer

IM BLICKPUNKT

Vom Regen in die Traufe – Umsatzentwicklung im sächsischen Gastgewerbe im Jahr 2020

Remo Nitschke

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen **AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE**

Förderprogramme in der Coronakrise – Ein Zwischenfazit

Selina Schulze Spüntrup und Fabian Wagner





ifo Dresden berichtet

ISSN 0945-5922

28. Jahrgang (2021)

Herausgeber: ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,

Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de Redaktion: Joachim Ragnitz Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: Neue Druckhaus Dresden GmbH

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung

eines Belegexemplars

Im Internet:

http://www.ifo-dresden.de



Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

ifo DRESDEN **BERICHTET**

03/2021

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Förderprogramme in der Coronakrise - Ein Zwischenfazit

Selina Schulze Spüntrup und Fabian Wagner

Die Corona-Pandemie hat die deutsche Wirtschaft stark getroffen. Bund und Länder haben eine ganze Reihe unterschiedlicher Hilfsprogramme aufgelegt, um die finanziellen Folgen der Krise für die betroffenen Unternehmen abzumildern. In diesem Beitrag zeigen wir die Dimensionen der seit Ende März 2020 in Anspruch genommenen Förderprogramme auf. Die Soforthilfen der ersten Phase der Pandemie wurden bislang sehr viel häufiger in Anspruch genommen als die anschließenden Überbrückungshilfen. Insgesamt wurden bisher deutlich weniger Mittel abgerufen als ursprünglich erwartet.

Die Spanische Grippe forderte 1918 in Deutschland 260 000 Tote

Mona Förtsch und Felix Rösel

Mindestens 260 000 Menschen und damit jede 250. Einwohnerin bzw. Einwohner starben 1918 an der Spanischen Grippe in Deutschland. Diese neue Schätzung ist das zentrale Ergebnis dieses Beitrages. Außerdem vergleichen wir das lokale Pandemiegeschehen vor rund 100 Jahren mit der Corona-Pandemie 2020/2021. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Spanische Grippe flächendeckender wütete und andere Regionen Deutschlands betraf als das Coronavirus heute.

Die Corona-Pandemie hat kaum negative Auswirkungen auf die Organspenderzahlen in Deutschland 10 Selina Schulze Spüntrup

Angesichts der andauernden Corona-Pandemie stellt sich die Frage, welche "Kollateralschäden" mit ihr einhergehen. Wegen der hohen Belastung der Krankenhäuser, insbesondere der Intensivstationen, ist der reguläre Betrieb eingeschränkt und auch die medizinische Versorgung anderer Patient*innen betroffen. In diesem Beitrag zeige ich, dass die Coronakrise bzw. die Zahl der Corona-Patient*innen auf Intensivstationen bisher jedoch keinen großen Einfluss auf die Organspenderrate in Deutschland hatte. In anderen europäischen Ländern ist die Zahl der Organspender*innen bei hoher Belastung des Gesundheitssystems dagegen stark zurückgegangen.

"Betriebe in der Covid-19-Krise" – Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland 13 Christian Kagerl, Duncan Roth und Antje Weyh

Die Covid-19-Pandemie beherrscht seit Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 den Alltag in vielen Betrieben Deutschlands. Die hochfrequente Befragung "Betriebe in der Covid-19-Krise" des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) analysiert die Auswirkungen der Pandemie auf die Betriebe in Deutschland nicht nur im Hinblick auf deren allgemeine Betroffenheit, sondern auch bezüglich arbeitsmarktrelevanter Aspekte. Die Ergebnisse zeigen, dass ostdeutsche Betriebe bis in den Herbst hinein seltener eine negative Betroffenheit angeben. Seit dem Beginn des zweiten Lockdowns gibt es im Vergleich zu Westdeutschland keine Unterschiede mehr. Das Einstellungs- und Entlassungsverhalten fällt in beiden Landesteilen im Verlauf der Pandemie sehr ähnlich aus, während es größere Unterschiede hinsichtlich der Liquiditätsreserven gibt.

3

6

In Sachsen verbleiben mehr Einwohner*innen als in den anderen ostdeutschen Bundesländern

Anna Kremer

In diesem Beitrag untersuche ich, ob und wie sich das Umzugsverhalten der Sächsinnen und Sachsen vom ost- und bundesdeutschen Durchschnitt unterscheidet. Dabei prüfe ich, wie ausgeprägt die Wanderung innerhalb des Bundeslandes gegenüber der Abwanderung ist und wie sich die Ost-West- und Stadt-Land-Wanderung auf die Entwicklung der Einwohnerzahlen auswirken. Für Sachsen lässt sich feststellen, dass relativ mehr Einwohner*innen bleiben als in den anderen ostdeutschen Flächenländern und es damit positive Entwicklungsperspektiven hat.

IM BLICKPUNKT

Vom Regen in die Traufe – Umsatzentwicklung im sächsischen Gastgewerbe im Jahr 2020 Remo Nitschke

24

19

Seit mehr als einem Jahr hinterlässt die Corona-Pandemie tiefe Spuren in der Wirtschaft und legt teilweise ganze Wirtschaftszweige lahm. Als besonders betroffen gilt das Gastgewerbe. Eine Analyse der Umsatzentwicklung im Jahr 2020 im sächsischen Gastgewerbe zeigt, dass die Unternehmen insbesondere in den Lockdown-Monaten von März bis April sowie ab November erhebliche Umsatzverluste im Vergleich zum Vorjahr hinzunehmen hatten, aber auch in den Sommermonaten häufig unter Vorjahresniveau blieben. Insgesamt lagen die Umsätze im Jahr 2020 in der Beherbergung gut 40% unter Vorjahresniveau, die Gastronomie verzeichnete ein Umsatzminus von 30%. Besonders hart getroffene Wirtschaftsgruppen sind der Ausschank von Getränken sowie Hotels, Gasthöfe und Pensionen. Campingplätze dagegen profitierten sogar leicht von der Entwicklung.

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

28

Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth

AUS DEM ifo DRESDEN

ifo Veranstaltungen	31
ifo Veröffentlichungen	31
ifo Vorträge	32
ifo in den Medien	32

Selina Schulze Spüntrup und Fabian Wagner*

Förderprogramme in der Coronakrise – Ein Zwischenfazit

Die Corona-Pandemie hat die deutsche Wirtschaft stark getroffen. Bund und Länder haben eine ganze Reihe unterschiedlicher Hilfsprogramme aufgelegt, um die finanziellen Folgen der Krise für die betroffenen Unternehmen abzumildern. In diesem Beitrag zeigen wir die Dimensionen der seit Ende März 2020 in Anspruch genommenen Förderprogramme auf. Die Soforthilfen der ersten Phase der Pandemie wurden bislang sehr viel häufiger in Anspruch genommen als die anschließenden Überbrückungshilfen. Insgesamt wurden bisher deutlich weniger Mittel abgerufen als ursprünglich erwartet.

Zur Eindämmung des Coronavirus wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die mit gravierenden wirtschaftlichen Folgen verbunden sind. Der Bund hatte deshalb schon im März 2020 ein erstes Corona-Soforthilfeprogramm aufgelegt, um akute, durch die Coronakrise entstandene Liquiditätsengpässe von kleinen Unternehmen, Soloselbstständigen und Angehörigen der Freien Berufe zu überbrücken (Schulze Spüntrup 2020). Nachdem das Soforthilfeprogramm des Bundes Ende Mai 2020 auslief, wurden mit der Überbrückungshilfe I (Juni bis August 2020), II (September bis Dezember 2020) und III (Januar bis Juni 2021) Anschlussprogramme beschlossen. Sowohl der Kreis der Antragsberechtigten als auch die Zugangsvoraussetzungen wurden immer wieder verändert. Die Förderhöhe der Überbrückungshilfen richtet sich nach dem Ausmaß der Umsatzeinbußen. Bspw. werden bei einem Umsatzeinbruch von mehr als 70% gegenüber dem Vorjahresmonat mittlerweile die gesamten Fixkosten erstattet. Unternehmen, Betriebe, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen, die im November bzw. Dezember 2020 von den bis Anfang Dezember 2020 erlassenen Schließverordnungen direkt oder indirekt betroffen waren, z.B. Hotels und Gastronomiebetriebe, konnten noch bis Ende April 2021 darüber hinaus die November- und Dezemberhilfen beantragen. Diese Unterstützungsleistungen sollten bis zu 75% der Umsatzverluste in diesen Monaten ausgleichen.

Zusätzlich zu den Zuschussprogrammen steht den von der Pandemie betroffenen Unternehmen das Corona-Sonderprogramm² der KfW-Bank zur Verfügung, welches sich vor allem durch günstige Zinskonditionen und hohe Risikofreistellungen auszeichnet. Indessen wurde die Laufzeit des Sonderprogramms um ein halbes Jahr bis Ende 2021 verlängert, und auch die Höchstbeträge der Kreditangebote wurden angehoben. Bspw. können Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten den KfW-Schnellkredit in einer Höhe von bis zu 675 000 Euro in Anspruch nehmen, bis März 2021 betrug die Obergrenze 300 000 Euro.

DIE ÜBERBRÜCKUNGSHILFEN DES BUNDES WERDEN WENIGER NACHGEFRAGT ALS DIE SOFORTHILFEN

Tabelle 1 zeigt die bewilligten und größtenteils ausgezahlten Unterstützungsleistungen in Sachsen, Thüringen und Deutschland insgesamt. Zwar wurden von den für die Soforthilfen veranschlagten 50 Mrd. Euro weniger als ein Drittel abgerufen, dennoch profitierte etwa die Hälfte aller Unternehmen in Deutschland von diesem Unterstützungsangebot in der ersten Phase der Pandemie. Mittel aus den Anschlussprogrammen wurden deutlich seltener abgerufen. Wie im Bundesdurchschnitt hat nur etwa jedes elfte Unternehmen in Sachsen die November- bzw. Dezemberhilfe beantragt; in Thüringen waren es mit rund 7% nicht ganz so viele. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden damit zu 56% (Novemberhilfe) bzw. zu rund 33% (Dezemberhilfe) abgerufen. Die Überbrückungshilfen haben sowohl in Deutschland insgesamt als auch in Sachsen und Thüringen noch weniger Unternehmen in Anspruch genommen. Die Überbrückungshilfe I erhielten 2% und die Überbrückungshilfe II 2,8% der sächsischen Unternehmen; in Deutschland und Thüringen waren es mit ca. 3,5% bzw. rund 5% etwas mehr. Auch hier liegt das Volumen der ausgezahlten Gelder deutlich unter den ursprünglich veranschlagten Summen. Bei der Überbrückungshilfe III liegt der Anteil der unterstützten Unternehmen in Sachsen bislang bei 4,6% (Thüringen: 3,9%, Deutschland insgesamt: 5,3%). Die Antragsstellung der Überbrückungshilfe III ist allerdings erst seit dem 10. Februar 2021 und noch bis zum 31. August 2021 möglich. Es ist deshalb davon auszugehen, dass der Anteil der Unternehmen, die dieses Programm in Anspruch nehmen, noch weiter steigen wird. Für die Überbrückungshilfe III wurde insgesamt ein Volumen von 22 Mrd. Euro veranschlagt. Deutschlandweit wurden bislang 6,2 Mrd. Euro ausgezahlt, hiervon 223 Mill. Euro an sächsische Unternehmen.

Von den für die KfW-Programme in unbegrenzter Höhe zur Verfügung stehenden Mitteln wurden bis Ende des Jahres 2020 fast 46 Mrd. Euro abgerufen, davon knapp eine Milliarde in Sachsen. Sächsische Unternehmen haben die KfW-Programme vergleichsweise selten in Anspruch genommen, wobei die Volumina bei den KfW-Krediten deutlich höher ausfielen. Dies dürfte daran liegen, dass kleinere Unternehmen eher die landeseigenen Kreditprogramme in Anspruch genommen haben, während die KfW-Bank eher größere Unternehmen unterstützt hat. In Thüringen ist der Anteil der unterstützten Unternehmen einen

^{*} Selina Schulze Spüntrup ist Doktorandin und Fabian Wagner war Praktikant an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tab. 1
Inanspruchnahme der Hilfsprogramme in Sachsen, Thüringen und Deutschland

	Sachsen	Thüringen	Deutschland		
Förderprogramm	Anteil geförderter Unternehmen	Anteil geförderter Unternehmen	Anteil geförderter Unternehmen	Volumen ausgezahlt (Mrd.€)	Volumen veranschlagt (Mrd. €)
Soforthilfen	51,0%*	53,5%*	50,4%*	13,6	50
Novemberhilfe	11,4%**	7,1%*	11,0%**	5,6	10
Dezemberhilfe	11,3%**	7,5%*	10,8%**	5,9	18
Überbrückungshilfe I	2,0%*	3,4%*	3,5%*	1,4	25
Überbrückungshilfe II	2,8%*	5,2%*	5,7%*	2,6	25
Überbrückungshilfe III	4,6%**	3,9%*	5,3%**	6,2	22
KfW-Programme	1,6%*	2,6%*	3,0%*	45,9	unbegrenzt

Anmerkung: Der Anteil geförderter Unternehmen bezieht sich nicht auf die anspruchsberechtigten, sondern auf sämtliche Unternehmen (* betrifft bewilligte Anträge, ** betrifft eingegangene Anträge). Programme, die bereits ausgelaufen sind, sind grau gefärbt. Förderungen, die noch beantragt werden können, sind grün gefärbt. Die Daten zu den Soforthilfen in Sachsen und Thüringen beziehen sich auf den 11. August 2020, für Gesamtdeutschland auf den 30. April 2021. Daten zu den November- und Dezemberhilfen sowie Überbrückungshilfen III beziehen sich auf den 11. bzw. 12. Mai 2021. Die Daten zur Überbrückungshilfe I beziehen sich in Sachsen auf den 31. März 2021, in Thüringen auf den 31. Dezember 2020 und für Deutschland auf den 11. Mai 2021. Die Daten zur Überbrückungshilfe II beziehen sich in Sachsen auf den 31. März 2021, in Thüringen auf den 7. Mai 2021 und für Deutschland auf den 11. Mai 2021. Die Daten zu den KfW-Programmen beziehen sich auf den 31. Dezember 2020.

Quelle: KfW (2020a), Sächsische Aufbaubank (2021a), Statistisches Bundesamt (2021a, b), Thüringer Aufbaubank (2021). Berechnungen des ifo Instituts.

Prozentpunkt höher als in Sachsen. Zwar standen Unternehmen in Sachsen zumindest bis Mitte des Jahres 2020 landeseigene Kreditprogramme zur Verfügung, aber der Anteil der sächsischen Unternehmen, die Kredite aus dem KfW-Sonderprogramm in Anspruch nahmen, ist in der zweiten Jahreshälfte 2020, nach Auslaufen der landeseigenen Kreditprogramme nur um 0,4 Prozentpunkte angestiegen. Die stärkere Nachfrage der landeseigenen Kreditprogramme dürfte auf die günstigeren Konditionen zurückzuführen sein.

BILANZ DER FÖRDERPROGRAMME IN SACHSEN

Sachsen hat seinen Unternehmen gerade in der ersten Phase der Pandemie, anders als in manchen anderen Bundesländern, zusätzliche wirtschaftliche Hilfen nur in Form von Krediten bereitgestellt. Unternehmen mit höchstens 100 Beschäftigten konnten das Nachrangdarlehen "Sachsen hilft sofort" bei der Sächsischen Aufbaubank in Anspruch nehmen, welches zinslos und ohne eine Stellung von Sicherheiten gewährt wurde. Ähnliche Bedingungen gelten für das "Soforthilfe-Darlehen-Sport", welches der Freistaat Sachsen Trägervereinen von Sport- und Sportleiterschulen sowie Sportvereinen bereitstellt. Für kleine und mittelständische Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei und Aquakultur stand das Darlehensprogramm "SMEKUL" mit einem Höchstbetrag von 100 000 Euro je Antrag zur Verfügung.

Tabelle 2 zeigt, in welchem Umfang sächsische Unternehmen bzw. Vereine die jeweiligen landeseigenen Kreditprogramme sowie die jeweiligen bundesweiten KfW-Programme in Anspruch genommen haben. Von den landeseigenen Kreditprogrammen profitierten rund 20500 Unternehmen in Sachsen. Kredite aus dem KfW-Sonderprogramm wurden 2 616 sächsischen Unternehmen gewährt. In Sachsen beläuft sich das gesamte Fördervolumen für Kredite auf etwa 1,7 Mrd. Euro.

FAZIT

Um die wirtschaftlichen Folgen für Unternehmen abzufedern, die stark von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie betroffen sind, haben Bund und Länder verschiedene Hilfsprogramme aufgelegt und im Verlauf der Pandemie immer wieder erweitert. Nach etwa einem Jahr Corona-Pandemie wurden deutlich weniger Mittel abgerufen als ursprünglich veranschlagt. Während die Soforthilfen des Bundes in der ersten Phase der Pandemie etwa jedem zweiten Unternehmen zugutekamen, nahmen vergleichsweise wenige Unternehmen die anschließenden Überbrückungshilfen in Anspruch. Etwa 11% der Unternehmen in Sachsen und Deutschland profitierten gleichermaßen von den November- und Dezemberhilfen des Bundes. Das Fördervolumen der Zuschussprogramme beläuft sich bundesweit auf insgesamt 35,3 Mrd. Euro. Kredite aus dem KfW-Sonderprogramm wurden mit einem Gesamtvolumen von 45,9 Mrd. Euro zugesagt. Gemessen an der Zahl der Unternehmen wurden die KfW-Programme in Sachsen deutlich weniger nachgefragt als die landeseigenen Kreditprogramme.

REFERENZEN

KfW (Hrsg.) (2020a), Zusagen in den Corona-Programmen, KfW-Bankengruppe, online verfügbar unter: https://www.kfw.de/Presse-Newsroom/Aktuelles/Corona-Programme-Bundesl%C3%A4nder-nach-Landkreisen.pdf, zuletzt abgerufen am 11. Mai 2021.

KfW (Hrsg.) (2020b), Förderreport, KfW Bankengruppe, online verfügbar unter: https://www.kfw.de/Presse-Newsroom/

 $\label{pressematerial} Pressematerial/F\%C3\%B6rderreport_2020.pdf, zuletzt abgerufen am 11. Mai 2021.$

Sächsische Aufbaubank (Hrsg.) (2021a), Corona-Hilfe, online verfügbar unter: https://www.sab.sachsen.de/landingpage/index.jsp, zuletzt abgerufen am 11. Mai 2021.

Tab. 2
Bilanz landeseigener und bundesweiter Kreditprogramme in Sachsen

Förderprogramm	Anzahl geförderter Unternehmen	Anteil geförderter Unternehmen	Volumen insgesamt (Mill. €)
Darlehen Sachsen hilft Sofort	20310	12,3%	753
Darlehen SMEKUL	98	<1%	6
Soforthilfe Darlehen Sport	32	<1%	5
KfW-Schnellkredit 2020	755	<1%	222
KfW-Unternehmerkredit – Corona	1752	<1%	702
ERP-Gründerkredit Corona	109	<1%	38
Insgesamt	23 056	14%	1726

Anmerkung: Programme, die bereits ausgelaufen sind, sind grau gefärbt. Förderungen, die noch beantragt werden können, sind grün gefärbt. Daten zu den sächsischen Programmen beziehen sich auf den 31. März 2021. Daten zu den KfW-Programmen betreffen den 31. Dezember 2020. Doppelförderungen werden nicht bereinigt.

Quelle: KfW (2020b), Sächsische Aufbaubank (2021b).

© ifo Institut

Sächsische Aufbaubank (Hrsg.) (2021b), Management Summary – Corona Soforthilfe Programme SAB, auf Anfrage bereitgestellt, Stand 31. März 2021.

Schulze Spüntrup, S. (2020), "Förderprogramme in der Coronakrise – Welche Hilfen die Unternehmen in Anspruch nehmen", ifo Dresden berichtet 27 (05), S. 10-12.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2021a), Unternehmen (Unternehmensregister-System): Bundesländer, Jahre, Wirtschaftszweige (Abschnitte), Beschäftigtengrößenklassen, 52111-0003, online verfügbar unter: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online, zuletzt abgerufen am 11. Mai 2021.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2021b), Konjunkturprogramm, online verfügbar unter: https://www.dashboard-deutschland.de/#/themen/konjunkturprogramm/konjunkturprogramm, zuletzt abgerufen am 11. Mai 2021.

Thüringer Aufbaubank (Hrsg.) (2021), Aktueller Bearbeitungsstand der Corona-Wirtschaftshilfen in Thüringen, online verfügbar unter: https://www.aufbaubank.de/Corona/Coronabericht#c3, zuletzt abgerufen am 11. Mai 2021.

- 1 Darüber hinaus können Unternehmen einen zusätzlichen Eigenkapitalzuschuss von bis zu 40% der Förderung der Überbrückungshilfe III erhalten. Soloselbstständige und kleine Unternehmen haben daneben die Wahl, statt der Überbrückungshilfe III die Neustarthilfe in Höhe von 7500 Euro in Anspruch zu nehmen. Außerdem stehen Unternehmen, die wegen ihrer besonderen Fallkonstellation zwar stark von der Corona-Pandemie betroffen, aber nicht über die bestehenden Hilfsprogramme aufgefangen werden können, Härtefallhilfen zur Verfügung, die im Einzelfall geprüft werden. Anch die coronabedingten Steuerstundungen und Kurzarbeiterregelungen stellen Liquiditätshilfen dar. In diesem Beitrag werden jene Hilfen nicht näher betrachtet.
- 2 KfW-Unternehmerkredit, KfW-Schnellkredit 2020, Direktbeteiligung für Konsortialfinanzierung, ERP-Gründerkredit. Das ifo Institut bietet auf seiner Homepage eine Gegenüberstellung der jeweiligen Konditionen an, vgl. https://www.ifo.de/node/54213.

Mona Förtsch und Felix Rösel*

Die Spanische Grippe forderte 1918 in Deutschland 260 000 Tote

Mindestens 260 000 Menschen und damit jede 250. Einwohnerin bzw. Einwohner starben 1918 an der Spanischen Grippe in Deutschland. Diese neue Schätzung ist das zentrale Ergebnis dieses Beitrages. Außerdem vergleichen wir das lokale Pandemiegeschehen vor rund 100 Jahren mit der Coronapandemie 2020/2021. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Spanische Grippe flächendeckender wütete und andere Regionen Deutschlands betraf als das Coronavirus heute.

Die aktuelle Corona-Pandemie ist nicht die erste globale Pandemie. Vor rund 100 Jahren brach die Spanische Grippe aus, welche sich rasend schnell verbreitete und wie Corona weltweit wütete. Obwohl die Spanische Grippe im Vergleich zur Corona-Pandemie schnell ausgestanden war, forderte sie umso mehr Todesopfer. Die Hauptwelle erfasste das Deutsche Reich von Oktober 1918 bis März 1919, tausende vorwiegend jüngere Menschen starben. Wie viele Menschen der Spanischen Grippe jedoch genau erlagen, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Die vorhandenen Schätzungen der Todeszahlen für Deutschland schwanken sehr stark. Bisherige Studien reichen von etwa 240 000 Toten (Bogusat 1923) bis zu 440 000 Toten (Buchholz et al. 2016). Die Schätzungen gehen aus drei Gründen so weit auseinander: die Todesursachen wurden aufgrund der Vielzahl von Opfern nicht immer präzise dokumentiert, Deutschland hatte zeitgleich viele Gefallene des Ersten Weltkriegs zu beklagen, und es kam direkt nach dem Krieg zu zahlreichen Gebietsabtretungen und Grenzverschiebungen.

In diesem Beitrag präsentieren wir eine neue und präzisere Schätzung der Opfer der Spanischen Grippe für das Deutsche Reich 1918 (ohne Elsass-Lothringen). Wir berechnen die Zahl der Grippetoten als Übersterblichkeit, also der Abweichung der Gestorbenen im Jahr 1918 von der erwarteten Zahl von Gestorbenen. Die erwartete Zahl der Gestorbenen entspricht dem Durchschnitt der Jahre ohne Grippe. Im Gegensatz zu vorherigen Studien berücksichtigen wir damit erstens auch Fehlkodierungen bei den Todesursachen und verwenden einen langen Vergleichszeitraum von 1913 bis 1923. Zweitens differenzieren wir erstmals die Grippesterblichkeit nach Geschlecht und lokal nach Regierungsbezirken. Hierdurch können wir – anders als bisherige Studien – Kriegs- von Grippetote unterscheiden und die Gebietsabtretungen nach 1918 berücksichtigen. Auf Basis dieser deutlich präziseren Datenbasis ist unsere Schätzung, dass etwa 260 000 Personen 1918 an der Spanischen Grippe im Deutschen Reich gestorben sind.

Die regionale Auflösung ist eine Besonderheit unserer Daten. Dies erlaubt uns einen Vergleich der Spanischen Grippe mit dem Coronavirus. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Spanische Grippe deutlich flächendeckender, also mit einer geringeren

Tab. 1
Todesopfer durch die Spanischen Grippe im Deutschen Reich 1918 (ohne Elsass-Lothringen)

	Weiblich	Männlich	Alle
Tatsächliche Sterbefälle	645732		
Erwartete Sterbefälle ^a	502139		
Übersterblichkeit	143 593		
Anteil an Übersterblichkeit ^b (Bogusat 1923)	54,53 %	45,47 %	100,00 %
Geschätzte Grippetote	143 593	119735	263 328
Einwohner bzw. Einwohnerinnen	34076584	29759099	63 835 683
Geschätzte Grippetote je 100 000 Einwohner	421	402	413

Hinweis: Die Tabelle zeigt unsere Schätzung zur Zahl der Toten durch die Spanische Grippe im Jahr 1918 im Deutschen Reich (Gebietsstand 1918, ohne Elsass-Lothringen).

a) Die erwarteten weiblichen Sterbefälle ergeben sich aus der durchschnittlichen Sterberate für Frauen zwischen 1913 und 1923, ohne das Jahr 1918 (für später abgetretene Gebiete sowie die Thüringer Kleinstaaten: Durchschnitt 1913 bis 1917). – b) Bogusat (1923) ermittelt einen Anstieg von 239 452 Sterbefällen aufgrund von Influenza und Lungenentzündung 1918 gegenüber 1917, davon waren 130 585 oder 54,53% Frauen (ohne Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Einbeziehung der aufgrund des Versailler Vertrages abgetretenen Ostgebiete unklar).

Quelle: Statistisches Reichsamt, Darstellung des ifo Instituts

© ifo Institut.

^{*} Mona Förtsch ist Doktorandin und Dr. Felix Rösel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

regionalen Streuung, ihre Opfer forderte als das Coronavirus heute. Außerdem wütete die Spanische Grippe tendenziell an anderen Orten als Corona heute. Die Ergebnisse anderer Studien, die für die Vereinigten Staaten ähnliche räumliche Muster beider Pandemien festgestellt haben (Lin und Meissner 2021), können wir damit für Deutschland nicht bestätigen.

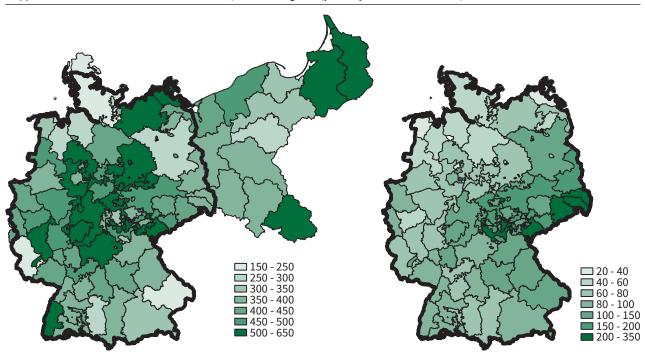
DATEN UND METHODIK

Ziel dieser Studie ist es, die Zahl der Grippetoten 1918 im Deutschen Reich möglichst präzise zu ermitteln. Auskunft hierzu könnte die auch damals bereits bestehende Todesursachenstatistik geben. Zumeist wurde als grippebezogene Todesursache Influenza oder Lungenentzündung angegeben. Die Todesursachenstatistik ist allerdings aufgrund von Fehlkodierungen, der Wirren des Ersten Weltkriegs sowie zahlreicher fehlender Daten für einige Regierungsbezirke nur bedingt aussagekräftig. Wir haben aus diesen Gründen einen völlig neuen Datensatz zusammengestellt. Dieser enthält Einwohnerzahlen sowie die Gesamtzahl aller Gestorbenen (ohne Totgeborene) der Jahre 1913 bis 1923 auf Ebene der damaligen Regierungsbezirke des Deutschen Reichs (außer Elsass-Lothringen, vgl. später Abb. 1); alle Daten liegen getrennt nach Geschlecht vor (Statistisches Reichsamt). Unser neuer Datensatz bietet damit weitere methodische Vorteile. Wie oben beschrieben sind die Kriegstoten der Jahre 1914 bis 1918 sowie zahlreiche Gebietsstandänderungen die zentralen Probleme bei der Berechnung der Zahl der Grippeopfer. Wir begegnen diesen Umständen, indem wir erstmals die Grippeopfer getrennt nach Geschlechtern sowie Regionen berechnen.

Zur Bestimmung der Grippeopfer verwenden wir das Konzept der Übersterblichkeit. Unter Übersterblichkeit verstehen wir die Abweichung der tatsächlichen Todeszahlen des Jahres 1918 von der erwarteten Zahl der Todesfälle für 1918 – getrennt nach Geschlecht und Regierungsbezirk. Die erwarteten Todesfälle entsprechen in unserem Fall dem Durchschnitt der Todesfälle der Jahre 1913 bis 1923, aber ohne 1918. Für alle nach 1918 ganz oder teilweise abgetreten Gebiete sowie das spätere Thüringen berechnen wir die Übersterblichkeit 1918 nur im Vergleich zu den Jahren 1913 bis 1917. Alle Todeszahlen sind ins Verhältnis zur Einwohnerzahl nach Geschlecht gesetzt, die wir linear zwischen den Volkszählungsjahren 1910, 1919 und 1925 fortschreiben.

Um zu vermeiden, dass die Kriegsgefallenen unsere Ergebnisse verzerren, betrachten wir im Folgenden zunächst ausschließlich die Grippesterblichkeit bei Frauen. Frauen waren mit wenigen Ausnahmen nicht an den direkten Kriegshandlungen der Jahre 1914 bis 1918 beteiligt. Infolgedessen kann der Erste Weltkrieg nicht unsere Schätzungen der weiblichen Grippetoten verzerren. Anhand des bekannten Geschlechterverhältnisses der Opfer der Spanischen Grippe (Bogusat 1923) rechnen wir anschließend die Betroffenheit der männlichen bzw. Gesamtbevölkerung für das gesamte Deutsche Reich aus.¹ In Karten mit Regionalbezug und im Vergleich zur Corona-Pandemie gehen wir dagegen weiter nur auf die Opferzahlen der weiblichen Bevölkerung ein.

Abb. 1
Grippe-Sterblichkeit 1918 und Corona-Tote 2020/2021 im Vergleich (jeweils je 100 000 Einwohner)



Hinweis: Die linke Karte zeigt die Verteilung der geschätzten Sterbefälle pro 100000 Einwohner durch die Spanische Grippe in den 80 damaligen Regierungsbezirken des Deutschen Reichs (ohne Elsass-Lothringen) im Jahr 1918. Die dick hervorgehobenen Umrisse entsprechen den heutigen Außengrenzen Deutschlands. Die rechte Karte zeigt die mit oder an dem Coronavirus bzw. Covid-19 gestorbenen Personen je 100000 Einwohner (4. März 2020 bis zum 8. April 2021) auf Ebene aller 69 früheren Regierungsbezirke des Deutsches Reichs in den heutigen Grenzen. Alle Zahlen beziehen sich nur auf die weibliche Bevölkerung.

Quelle: Statistisches Reichsamt, Darstellung des ifo Instituts

© ifo Institut.

RUND 260 000 GRIPPETOTE IM DEUTSCHEN REICH 1918

Die Ergebnisse unserer Schätzungen sind in Tabelle 1 dargestellt. Im Jahr 1918 starben insgesamt rund 646 000 Frauen im Deutschen Reich. Die durchschnittliche Zahl von weiblichen Todesfällen der Jahre 1913 bis 1923 (ohne 1918) lag im Schnitt dagegen nur bei rund 502 000. Die Übersterblichkeit ergibt sich aus der Differenz der tatsächlichen und der erwarteten Sterblichkeit, wir schätzen eine Zahl von rund 144000. Dies entspricht 421 Grippetoten je 100 000 Einwohner. Aus anderen Berechnungen wissen wir, dass der Anteil der Frauen an der Übersterblichkeit im Jahr 1918 etwa 55% betrug (Bogusat 1923).2 Aus dieser Information können wir die Anzahl der geschätzten männlichen Grippetoten berechnen, welche bei etwa insgesamt 120 000 bzw. 402 von 100 000 männlichen Einwohnern liegt. Insgesamt starben im Deutschen Reich im Jahr 1918 rund 260 000 Menschen an der Spanischen Grippe, das ist jede 250. Einwohnerin bzw. Einwohner.

Die Größenordnung unserer Schätzung ist plausibel. Sie liegt innerhalb der Bandbreite bereits vorhandener Studien (vgl. bspw. Patterson und Pyle 1991). Studien, die weitaus höhere Todeszahlen ausweisen, beziehen irrtümlich auch die Gefallenen des Ersten Weltkriegs in die grippebedingte Übersterblichkeit ein. Auch Zahlen zu Sterbefällen auf Monatsebene bestätigen unsere Schätzung.³ Beim Vergleich der weiblichen Todesfälle von Oktober 1918 bis März 1919 mit den gleichen Zeiträumen der Jahre 1913 bis 1923 (ohne Oktober 1918 bis März 1919), ergibt sich eine weibliche Übersterblichkeit von 142 034, die sehr nahe an unserer Schätzung auf Basis von Jahreswerten liegt.

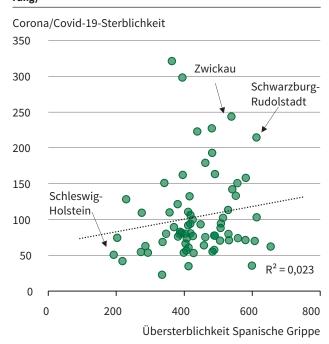
SPANISCHE GRIPPE FLÄCHENDECKENDER ALS DAS CORONAVIRUS

Alle Berechnungen haben wir nicht nur für Gesamtdeutschland, sondern auch für die einzelnen Regierungsbezirke des damaligen Deutschen Reiches (außer Elsass-Lothringen) durchgeführt (vgl. linke Karte von Abb. 1). Die hervorgehobene Linie markiert die heutigen Außengrenzen Deutschlands, alle Zahlen beziehen sich nur auf die weibliche Bevölkerung. Wir finden beträchtliche regionale Unterschiede in der grippebedingten Übersterblichkeit 1918. Mecklenburg-Schwerin weist mit etwa 654 je 100 000 Einwohnern die höchste Übersterblichkeit auf, Schleswig mit rund 193 je 100 000 Einwohnern die geringste. Vor allem in der Mitte Deutschlands kamen viele Personen aufgrund der Spanischen Grippe ums Leben, u. a. in der Provinz Sachsen, in Anhalt sowie in Hessen. Aber auch die Grenzgebiete wie Ostpreußen, Oberschlesien sowie Südbaden verzeichneten eine hohe Übersterblichkeit.

Im Vergleich dazu zeigen wir in der rechten Karte in Abbildung 1 die Zahl aller bis zum 8. April 2021 mit oder an dem Coronavirus gestorbenen Personen je 100 000 Einwohner. Im Gegensatz zu den Toten durch die Spanische Grippe sind die Todesopfer durch Corona bzw. Covid-19 direkt beobachtbar. Deshalb verzichten wir auf eine Berechnung der Übersterblichkeit, sondern nutzen Daten des Robert-Koch-Instituts⁴ auf Landkreisebene, und rechnen diese um auf den früheren Gebietsstand von 1918 um. Die regionale Streuung bzw. Spannweite

Abb. 2

Spanisch Grippe und Corona im Vergleich (nur weibliche Bevölkerung)



Hinweis: Das Diagramm vergleicht die deutschlandweite Sterberate durch die Spanische Grippe 1918 mit der deutschlandweiten Sterberate durch das Coronavirus (9. März 2020 bis zum 8. April 2021) in den 69 Regierungsbezirken des Jahres 1918, die sich zumindest teilweise heute noch auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland befinden (vgl. Abb. 1). Alle Zahlen je 100 000 Einwohner und nur bezogen auf die weibliche Bevölkerung.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts

© ifo Institut.

ist beim Coronavirus deutlich stärker als bei der Spanischen Grippe. Der Gini-Koeffizient, der das Ausmaß der Ungleichverteilung der Todesfälle auf die Einwohnerinnen und Einwohner der Regierungsbezirke misst (Rösel und Schulze Spüntrup 2020), liegt bei der Spanischen Grippe bei 0,13, bei den Coronatoten bei 0,20. Vom Coronavirus sind außerdem andere Regionen Deutschlands betroffen als von der Spanischen Grippe. Corona trifft vor allem den Osten Deutschlands, was vorwiegend mit dem höheren Bevölkerungsanteil von Hochbetagten im Osten erklärt werden kann.

REGIONALE MUSTER UNTERSCHEIDEN SICH DEUTLICH

Der Eindruck aus den beiden Karten bestätigt sich in Abbildung 2. Regionen, die stark von der Spanischen Grippe betroffen waren, sind nicht notwendigerweise auch stark vom Coronavirus betroffen. Der Zusammenhang ist allenfalls schwach (R² = 0,023). Allerdings gibt es zumindest einige bemerkenswerte Koinzidenzen. Schleswig-Holstein verzeichnete 1918 die geringste Übersterblichkeit bei der Spanischen Grippe und weist 2020/2021 wieder vergleichsweise niedrige Todeszahlen auf. Das frühere Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt und die sächsische Amtshauptmannschaft Zwickau gehörten dagegen sowohl 1918 als auch 2020/2021 zur Gruppe der traurigen Spitzenreiter in den pandemiebedingten Todeszahlen. Abseits von

diesen Einzelfällen können wir die für die USA vorliegende Evidenz von ähnlichen regionalen Mustern von Spanischer Grippe und Corona (Lin und Meissner 2021) für Deutschland *nicht* bestätigen. Wir finden damit auch keinen Hinweis auf eine "von Natur aus" besonders starke Pandemiegefährdung bzw.-betroffenheit einzelner Regionen. Vielmehr dürfte das soziodemografische Profil der jeweiligen Pandemien ausschlaggebend sein; Corona betrifft vor allem ältere Menschen und aus diesem Grund vorwiegend den Osten Deutschlands.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In diesem Beitrag haben wir eine neue Schätzung für die Todesopfer der Spanischen Grippe 1918 in Deutschland vorgelegt. Die Spanische Grippe tötete mindestens 260 000 Menschen, das war jeder 250. Einwohnerin bzw. Einwohner des damaligen Deutschen Reichs (ohne Elsass-Lothringen). Zum Vergleich: Am und mit dem Coronavirus bzw. Covid-19 starben zwischen März 2020 und April 2021 etwa jeder 1000. Einwohner in Deutschland. Beide Pandemien hatten ihren Schwerpunkt in unterschiedlichen Regionen. Weiterführende Analysen sollten die beträchtlichen regionalen Unterschiede beider Pandemien näher untersuchen.

LITERATUR

Bogusat, H. (1923), "Die Influenzaepidemie 1918/19 im Deutschen Reiche", Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamt 53, S. 443–466.

Buchholz, U., Buda, S., Reuß, A., Haas, W. du H. Uphoff (2016), "Todesfälle durch Influenzapandemien in Deutschland 1918 bis 2009", Bundesgesundheitsblatt 59 (4), S. 523-536.

Lin, P. Z. und C. M. Meissner (2020), A Note On Long-run Persistence of Public Health Outcomes in Pandemics, NBER Working Paper, Nr. 27119, National Bureau of Economic Research.

Paskoff, T. und L. Sattenspiel (2019), Sex- and Age-based Differences in Mortality During the 1918 Influenza Pandemic on the Island of Newfoundland, American Journal of Human Biology, 31 (1), e23198.

Patterson, K. D. und G. F. Pyle (1991), "The Geography and Mortality of the 1918 Influenza Pandemic", Bulletin of the History of Medicine, 65 (1), S. 4-21.

Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Statistik des Deutschen Reichs, Band 275 (sowie Band 276, 307 und 316), Bewegung der Bevölkerung, Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht.

Rösel, F. und S. Schulze Spüntrup (2020), "Wie ungleich ist Corona in Deutschlands Gemeinden und Kreisen verteilt?", ifo Schnelldienst, 73 (7), S. 37-40.

- 1 Bogusat (1923) berechnet die Übersterblichkeit von M\u00e4nnern und Frauen und Altersgruppen auf Basis der Todesursachenstatistik und im Vergleich von 1917 zu 1918. Wir nutzen das hierbei ermittelte Geschlechterverh\u00e4ltnis, das \u00fcber alle Altersgruppen hinweg stabil ist (auch in nicht f\u00fcr das Milit\u00e4r relevanten Altersgruppen).
- 2 Beim Geschlechterverhältnis gibt es weltweite große regionale und nationale Unterschiede. Daher waren in einigen Ländern eher Frauen betroffen und in anderen eher Männer (Paskoff und Sattenspiel 2019). In Deutschland waren es eher die Frauen, die an der Spanischen Grippe starben.
- 3 Monatsdaten der Grippetoten getrennt nach Geschlecht liegen uns nur für das gesamte Deutsche Reich und nicht auf Ebene der Regierungsbezirke vor.
- 4 Zugriff über folgende Adresse: https://github.com/entorb/COVID-19-Coronavirus-German-Regions/tree/master/data/de-districts.
- 5 Der Koeffizient ist nicht statistisch signifikant auf dem 10%-Niveau (p = 0,2).

Selina Schulze Spüntrup*

Die Corona-Pandemie hat kaum negative Auswirkungen auf die Organspenderzahlen in Deutschland

Angesichts der andauernden Corona-Pandemie stellt sich die Frage, welche "Kollateralschäden" mit ihr einhergehen. Wegen der hohen Belastung der Krankenhäuser, insbesondere der Intensivstationen, ist der reguläre Betrieb eingeschränkt und auch die medizinische Versorgung anderer Patient*innen betroffen. In diesem Beitrag zeige ich, dass die Coronakrise bzw. die Zahl der Corona-Patient*innen auf Intensivstationen bisher jedoch keinen großen Einfluss auf die Organspenderrate in Deutschland hatte. In anderen europäischen Ländern ist die Zahl der Organspender*innen bei hoher Belastung des Gesundheitssystems dagegen stark zurückgegangen.

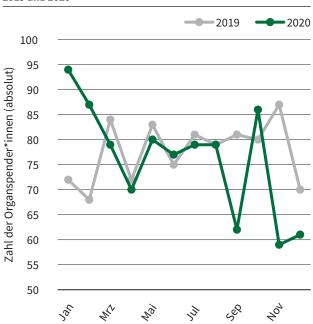
ZAHL DER ORGANSPENDER*INNEN IN DEUTSCH-LAND KAUM VERÄNDERT

Während in der Corona-Pandemie politisch viel dafür getan wird, u. a. die sogenannte Triage¹ zu vermeiden, ist Triage bei der Organtransplantation gang und gäbe. Eine Organtransplantation kommt für Patient*innen in Betracht, deren Organerkrankung zu einer lebensbedrohlichen Situation führt und für die eine Verbesserung der Lebensqualität und Lebenserwartung durch die Transplantation sehr wahrscheinlich ist. In vielen Fällen existiert keine alternative Behandlungsmethode. Die Zahl derjenigen, die auf ein lebensrettendes Organ warten, übersteigt deutlich die Zahl der verfügbaren Organe. Deutschlandweit warten aktuell über 9000 Patient*innen auf ein lebensrettendes Organ (Eurotransplant 2021). Im vergangenen Jahr wurden fast 5500 neue Patient*innen auf der Warteliste registriert, während nur etwa 3300 Organe transplantiert werden konnten (Eurotransplant 2021).2 Deshalb erfolgt die Allokation der verfügbaren Organe vorwiegend nach den Vergabekriterien Dringlichkeit, Erfolgsaussicht und Wartezeit. Um in dieser Situation Abhilfe zu schaffen, müsste die Zahl der Organspender*innen³ deutlich steigen.

Im internationalen Vergleich belegt Deutschland mit knapp elf Organspender*innen pro einer Million Einwohner einen der hinteren Plätze. Deshalb wurde u. a. die Widerspruchsregelung⁴ als Maßnahme zur Steigerung der Organspenderraten in Deutschland Anfang des Jahres 2020 kontrovers im deutschen Bundestag diskutiert. Auch wenn der Gesetzesentwurf zur Einführung der Widerspruchslösung in Deutschland nicht angenommen wurde, rückte das Thema Organspende in den Fokus der Öffentlichkeit, was eine mögliche Ursache für die höheren Organspenderzahlen im Januar und Februar 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sein könnte (vgl. Abb. 1).

Ab März 2020 normalisierte sich die Organspenderrate wieder. Die Organspenderzahlen bewegten sich selbst in der ersten Welle der Pandemie auf dem Niveau des Vorjahres. Insgesamt wurde im Jahr 2020 eine ähnlich hohe Organspenderrate wie im Jahr 2019 erreicht (ca. elf Organspender*innen pro einer Mill. Einwohner).

Abbo. 1
Absolute Zahl der Organspender*innen in Deutschland pro Monat,
2019 und 2020



Anmerkung: Absolute Zahl der Organspender*innen in Deutschland im Jahresverlauf 2019 (grau) und 2020 (grün).

Quelle: Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO, 2021). Daten auf Anfrage erhalten. Darstellung des ifo Instituts.

ZAHL DER CORONA-PATIENT*INNEN AUF INTENSIV-STATIONEN HAT KAUM EINFLUSS AUF DIE ORGAN-SPENDERRATE IN DEUTSCHLAND

Die Corona-Pandemie bedeutet eine außergewöhnliche Belastung der Krankenhäuser, wodurch dem medizinischen Personal

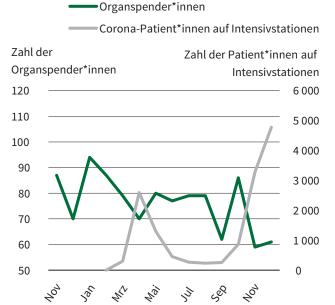
* Selina Schulze Spüntrup ist Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. möglicherweise nicht die notwendige Zeit eingeräumt werden konnte, sich dem aufwendigen, zeitintensiven und emotional fordernden Thema Organspende zu widmen. Als die Zahl der Corona-Patient*innen auf den Intensivstationen hoch war, hatte dies allerdings kaum Einfluss auf die Organspenderraten in Deutschland (vgl. Abb. 2). In der ersten Welle der Pandemie mussten pro Tag durchschnittlich ca. 2600 Corona-Patient* innen intensivmedizinisch versorgt werden. Gleichzeitig gab es im März und April 2021 ähnlich viele Organspender*innen wie in den Vorjahresmonaten. Auch in der zweiten Welle der Pandemie bewegte sich die Zahl der Organspender*innen recht unabhängig von der Zahl der Corona-Patient*innen auf Intensivstationen.

DIE ORGANSPENDERRATEN SIND INTERNATIONAL STARK ZURÜCKGEGANGEN

Anders als in Deutschland sind die Organspenderraten in vielen anderen europäischen Ländern in Folge der Corona-Pandemie stark eingebrochen (vgl. Abb. 3). In Frankreich betrug der Rückgang der Zahl der Organspender*innen 21%, in Italien 13% und in Spanien sogar 23% (DSO 2021). Die Veränderung der Organspenderraten während der Corona-Pandemie ist in den europäischen Ländern sehr unterschiedlich.

Während die Organspenderraten in Belgien, Kroatien und Ungarn sehr stark zurückgegangen sind, liegt die Veränderung in Deutschland, den Niederlanden und Slowenien im niedrigen einstelligen Bereich. Allein in Österreich ist die Organspenderrate im Vergleich zum Vorjahr sogar gestiegen (+4,1%) – und

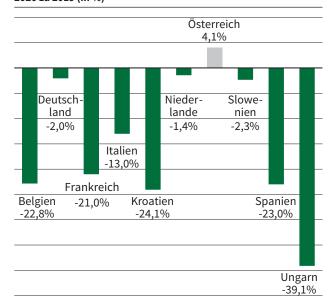
Abb. 2
Absolute Zahl der Organspender*innen und Corona-Patient*innen auf Intensivstationen in Deutschland pro Monat, 2020



Anmerkung: Absolute Zahl der Organspender*innen (grün, linke Achse) und durchschnittliche Zahl der Corona-Patient*innen auf Intensivstationen am Tag (grau, rechte Achse), jeweils pro Monat in Deutschland.

Quelle: DSO (2021), Daten auf Anfrage erhalten. Daten zu Corona-Patient*innen auf Intensivstationen wurden über Git-Hub bereitgestellt⁵. Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 3 Veränderung der Organspenderrate in zehn europäischen Ländern, 2020 zu 2019 (in %)



Anmerkung: Veränderung der Organspenderrate (negativ: grün; positiv: grau) in zehn europäischen Ländern, 2020 zu 2019.

Quelle: DSO (2021), Eurotransplant (2021), Daten auf Anfrage erhalten. Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

das obwohl das Land ebenso stark von der Pandemie betroffen war. Die Zahl der Organspender*innen kann durch die Corona-Pandemie jedoch stark negativ beeinflusst werden, wenn es zu einer Überlastung des Gesundheitssystems kommt, so wie es bspw. in Belgien der Fall war.

FAZIT

Dieser Beitrag zeigt, dass trotz der außergewöhnlichen Belastung der Krankenhäuser, insbesondere der Intensivstationen, während der Corona-Pandemie die Zahl der Organspender* innen in Deutschland relativ konstant geblieben ist, wenn auch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Die hohe Zahl der Corona-Patient*innen auf Intensivstationen hatte keinen starken negativen Einfluss auf die Organspenderrate in Deutschland. Dies deutet darauf hin, dass das Gesundheitssystem im Bereich der Organspende in Deutschland auch während der Coronakrise ähnlich funktionsfähig blieb wie in der Zeit zuvor. In anderen europäischen Ländern hingegen haben die stark gesunkenen Organspenderraten insofern zu "Kollateralschäden" geführt, als dass weniger schwerkranke Patient*innen als vor der Pandemie mit einem lebensrettenden Organ versorgt werden konnten.

LITERATUR

DSO – Deutsche Stiftung Organtransplantation (Hrsg.) (2021), DSO Jahresbericht, online verfügbar unter: https://www.dso.de/organspende/statistiken-berichte/jahresbericht, zuletzt abgerufen 8. Mai 2021.

Eurotransplant (Hrsg.) (2021), Über Eurotransplant, online verfügbar unter: https://www.eurotransplant.org/patients/deutschland/, zuletzt abgerufen 8. Mai 2021.

- Priorisierung von Patient*innen, die behandelt werden, wenn die Ressourcen zur medizinischen Versorgung begrenzt sind.
- 2 In diesem Beitrag ist stets die postmortale Organspende gemeint.
- 3 Als Organspender*innen gelten diejenigen, denen zum Zweck der Transplantation tatsächlich mindestens ein Organ entnommen wurde. Dieser Beitrag beschäftigt sich nicht mit der allgemeinen Spendebereitschaft bzw. potenziellen Organspender*innen.
- 4 Im Gegensatz zur Zustimmungslösung kann bei der Widerspruchslösung jeder zur Organspenderin/zum Organspender werden, der zu Lebzeiten nicht explizit widersprochen hat.
- 5 https://github.com/owid/covid-19-data/tree/master/public/data.
- 6 In diesem Beitrag wird lediglich die relative Veränderung der Organspenderraten betrachtet. In einigen europäischen Ländern war die Organspenderrate vor der Pandemie deutlich höher als in Deutschland. Selbst nach einem starken relativen Rückgang liegt die Zahl der Organspender*innen gemessen an der Bevölkerung in diesen Ländern zum Teil immer noch oberhalb der in Deutschland.

Christian Kagerl, Duncan Roth und Antje Weyh*

"Betriebe in der Covid-19-Krise" – Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland

Die Covid-19-Pandemie beherrscht seit Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 den Alltag in vielen Betrieben Deutschlands. Die hochfrequente Befragung "Betriebe in der Covid-19-Krise" des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) analysiert die Auswirkungen der Pandemie auf die Betriebe in Deutschland nicht nur im Hinblick auf deren allgemeine Betroffenheit, sondern auch bezüglich arbeitsmarktrelevanter Aspekte. Die Ergebnisse zeigen, dass ostdeutsche Betriebe bis in den Herbst hinein seltener eine negative Betroffenheit angeben. Seit dem Beginn des zweiten Lockdowns gibt es im Vergleich zu Westdeutschland keine Unterschiede mehr. Das Einstellungs- und Entlassungsverhalten fällt in beiden Landesteilen im Verlauf der Pandemie sehr ähnlich aus, während es größere Unterschiede hinsichtlich der Liquiditätsreserven gibt.

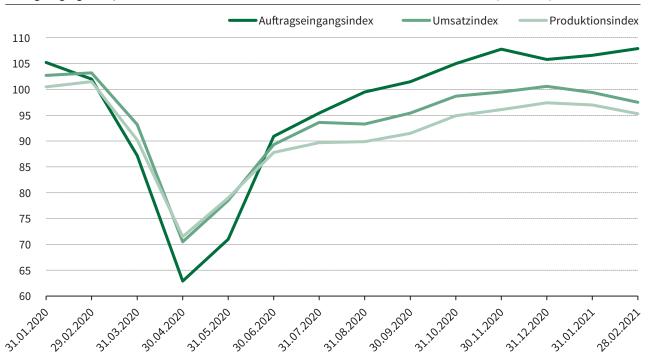
RAHMENBEDINGUNGEN

Die Covid-19-Pandemie betrifft, anders als die Wirtschafts- und Finanzkrise 2009, nahezu alle Wirtschaftsbereiche in Deutschland (vgl. Weber und Gehrke 2020). Das Bruttoinlandprodukt schrumpfte 2020 zwar in einem etwas geringeren Ausmaß als in 2009 (um -4,9% im Gegensatz zu -5,7% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr), nichtsdestotrotz ist für Betriebe einiger Branchen ein nahezu vollständiger wirtschaftlicher Stillstand über Monate hinweg zu beobachten. In anderen Branchen kam und kommt es trotz Öffnung zu teils starken Einbrüchen bei

Auftragseingängen und Umsätzen. Zum Beispiel lagen die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im April 2020 bei weniger als 65% des Jahres 2015, Produktions- und Umsatzindex bei weniger als 75% (vgl. Abb. 1). Seitdem erholt sich die Wirtschaft langsam und zumindest der Auftragseingangsindex im Verarbeitenden Gewerbe liegt seit September 2020 wieder über 100%. Mit Beginn des zweiten vollständigen Lockdowns

* Christian Kagerl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe des Direktors, Dr. Duncan Roth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dr. Antje Weyh wissenschaftliche Mitarbeiterin im Regionalen Forschungsnetz des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Abb. 1
Auftragseingangsindex, Umsatzindex und Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland (2015 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Daten abgerufen am 16. April 2021.

im Dezember 2020 sind der Produktions- und Umsatzindex in diesem Wirtschaftsabschnitt jedoch wieder rückläufig.

Abhängig von den betrieblichen Strukturen vor Ort sind die Regionen Deutschlands in unterschiedlichem Maße von den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie betroffen. So zeigten Gillmann und Hilgenberg (2021) mit Hilfe von Daten aus den monatlichen Konjunkturumfragen des ifo Instituts, dass im Zeitraum April bis Oktober 2020 Ostdeutschland eine weniger negative Corona-Betroffenheit aufweist als Deutschland insgesamt. Im November 2020 ist die Corona-Betroffenheit in den ostdeutschen Unternehmen hingegen etwas stärker negativ. Damit bildet die Betrachtung von Gillmann und Hilgenberg (2021) vor allem die wirtschaftlichen Auswirkungen, die am Ende der ersten und dem Beginn der zweiten Welle der Corona-Neuinfektionen zu beobachten sind, ab. Zudem könnten die Ergebnisse wahrscheinlich in direktem Zusammenhang mit den jeweiligen Inzidenzen in Ost- und Westdeutschland stehen: Während bis etwa Mitte November 2020 Ostdeutschland niedrigere Inzidenzen als Westdeutschland aufwies, ist es seitdem umgekehrt.

Der vorliegende Beitrag knüpft an die Erkenntnisse von Gillmann und Hilgenberg (2021) an und betrachtet mittels einer ebenfalls hochfrequenten Betriebsbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Betriebe in Deutschland. Dabei können auch die Entwicklungen seit Beginn der zweiten Welle und aktuelle Erkenntnisse bis zum etwa ersten Drittel der dritten Welle der Corona-Neuinfektionen im März/April 2021 untersucht werden. Im Folgenden stellen wir die Befragung zunächst kurz vor. Anschließend beschreiben wir die Auswirkungen auf die Betriebe in Ost- und Westdeutschland im Hinblick auf die allgemeine Betroffenheit, ihre Liquiditätsreserven und ihr Einstellungs- und Entlassungsverhalten (vgl. Abb. 2).

DIE IAB-BETRIEBSBEFRAGUNG "BETRIEBE IN DER COVID-19-KRISE"

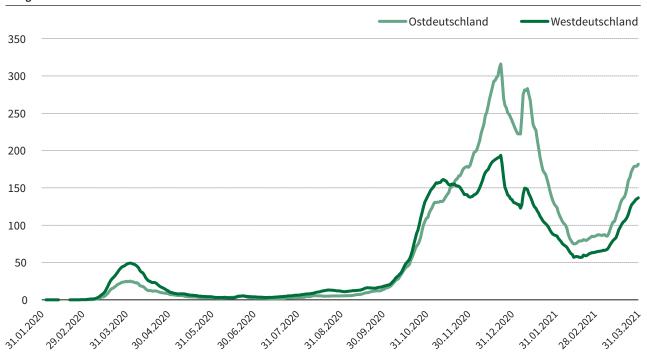
Im Rahmen der IAB-Befragung "Betriebe in der Covid-19-Krise" werden seit Sommer 2020 Informationen zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf verschiedene Aspekte betrieblicher Aktivitäten erhoben. Dafür werden in Abständen von etwa drei Wochen zwischen 1500 und 2000 Betriebe telefonisch befragt.

Die befragten Stichproben sind repräsentativ für die Gesamtheit aller privatwirtschaftlichen Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland (ausgenommen sind Betriebe aus den Bereichen der öffentlichen Verwaltung, der privaten Haushalte mit wirtschaftlichen Aktivitäten sowie der extraterritorialen Organisationen). Die Stichprobenziehung erfolgt geschichtet. Die in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse basieren auf hochgerechneten Werten. Nähere Informationen zu dieser IAB-Betriebsbefragung finden sich in Bellmann et al. (2020a).

AUSWIRKUNGEN DER COVID-19-PANDEMIE AUF DIE BETRIEBE

Sowohl während des ersten Lockdowns als auch während des zweiten Lockdowns gaben mehr als 50% aller befragten Betriebe in Ost- wie in Westdeutschland an, überwiegend negativ durch die Covid-19-Pandemie betroffen zu sein. Im August, September und Oktober 2020, als die Infektionen ein sehr niedriges Ausmaß annahmen und es nahezu keine Einschränkungen zur Pandemieeindämmung gab, war auch der Anteil der überwiegend negativ betroffenen Betriebe vergleichsweise gering. Dennoch gaben im Oktober 2020 immer noch 28% der ostdeutschen und 41% der westdeutschen Betriebe an, über-

Abb. 2
7-Tage-Inzidenzen in Ost- und Westdeutschland



Quelle: RKI, Daten abgerufen am 13. April 2021.

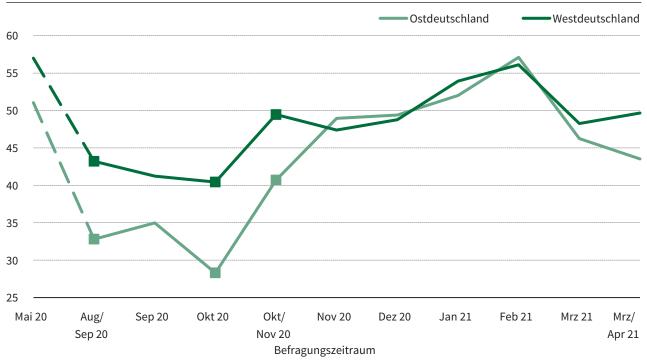
wiegend negativ betroffen zu sein. Damit unterschied sich der Anteil signifikant voneinander. Mit stark steigenden Neuinfektionen seit Anfang Oktober 2020 nahm der Anteil der überwiegend negativ betroffenen Betriebe in beiden Großregionen weiter zu, jedoch lag der Anteil in Westdeutschland zunächst weiterhin signifikant höher als in Ostdeutschland. Nach Bekanntgabe des Teil-Lockdowns Anfang November 2020 gaben knapp die Hälfte aller Betriebe an, negativ durch die Covid-19-Pandemie betroffen zu sein. Der vollständige Lockdown Mitte Dezember 2020 führte nochmals zu einer Erhöhung des Anteils negativ betroffener Betriebe in beiden Landesteilen. Mit fallenden Zahlen an Neuinfektionen und der Aufhebung eines Teils der pandemieeindämmenden Maßnahmen (vgl. hierzu auch die IAB-Datenbasis zu den Corona-Eindämmungsmaßnahmen vom 22. März 2021; Bauer und Weber 2020) fiel der Anteil negativ betroffener Betriebe wieder unter 50%. Zwischen November 2020 und März 2021 gab es dabei kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. In der hier betrachteten letzten Befragungswelle (Zeitraum März/April 2021) verzeichnete Westdeutschland jedoch schon wieder einen Anstieg des Anteils der überwiegend negativ betroffenen Betriebe, während Ostdeutschland noch einen rückläufigen Trend aufwies.

LIQUIDITÄTSRESERVEN DER BETRIEBE UND BEDROHUNG DER EXISTENZ

Während das Antwortverhalten der Betriebe im Hinblick auf die Betroffenheit durch die Covid-19-Pandemie im Zeitverlauf in einem recht engen Zusammenhang mit dem Infektionsgeschehen bzw. den Maßnahmen zu dessen Eindämmung steht, sieht man den Pandemieverlauf bei den Antworten zu den Liquiditätsreserven weniger deutlich. Der Anteil der Betriebe, die über ausreichend Liquiditätsreserven verfügen, lag über den gesamten bisherigen Befragungszeitraum hinweg in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland (vgl. Abb. 4). Hierin scheinen sich generelle betriebliche Unterschiede zwischen den beiden Großregionen widerzuspiegeln (vgl. dazu u. a. Ragnitz 2019), z. B. der höhere Anteil an Großbetrieben in Westdeutschland, welche tendenziell über einen besseren Zugang zum Kapitalmarkt und umfangreichere Finanzreserven verfügen. Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich aber nur zu Beginn der zweiten Welle.

Demgegenüber stehen Betriebe, die nur über deutlich geringere Liquiditätsreserven verfügen oder auch ihre Existenz bedroht sehen (vgl. Aminian et al. 2021, Gürtzgen und Kubis 2021). Der Anteil der Betriebe, die angaben, nur noch über Liquiditätsreserven von bis zu vier Wochen zu verfügen, lag in Ostund Westdeutschland im November 2020 etwas über 10%. In der jüngeren Vergangenheit überstieg der westdeutsche Anteil allerdings den ostdeutschen. Gleichzeitig gaben signifikant mehr Betriebe in Westdeutschland an, sich in ihrer Existenz bedroht zu fühlen (vgl. Abb. 5). Damit ist vor allem in Westdeutschland eine Polarisierung zu beobachten. Einerseits gibt es einen höheren Anteil an Betrieben mit ausreichend Liquiditätsreserven als in Ostdeutschland, andererseits fühlt sich aber ein nicht unerheblicher Anteil der Betriebe in seiner Existenz bedroht und verfügt nur noch für einen kurzen Zeitraum über finanzielle Mittel. Dieses Ergebnis steht in Zusammenhang mit der unterschiedlichen Branchenbetroffenheit.





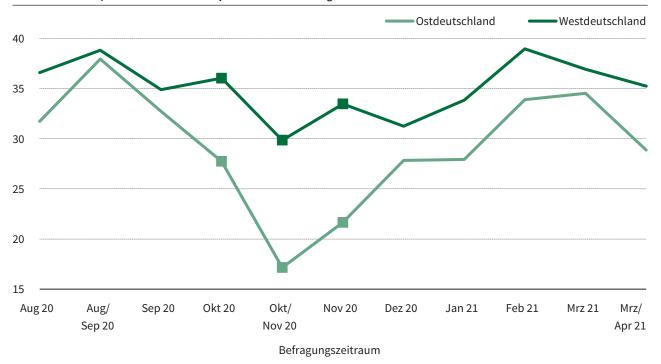
Anmerkung: Die mit einem Quadrat markierten Zeitpunkte zeigen signifikante Unterschiede auf dem 10%-Signifikanzniveau zwischen Ostund Westdeutschland an.

Quelle: Betriebsbefragung "Betriebe in der Covid-19-Krise", Welle 1 – 11 (2020, 2021).

© IAB

Abb. 4

Anteil der Betriebe, die über ausreichend Liquiditätsreserven verfügen



Anmerkung: Die mit einem Quadrat markierten Zeitpunkte zeigen signifikante Unterschiede auf dem 10%-Signifikanzniveau zwischen Ostund Westdeutschland an.

Quelle: Betriebsbefragung "Betriebe in der Covid-19-Krise", Welle 1 – 11 (2020, 2021).

© IAB

Während z. B. die Geschäftstätigkeit in den industriellen Großunternehmen nahezu wieder uneingeschränkt lief, waren und sind klein- und mittelständische Betriebe im Hotel- und Gaststättengewerbe geschlossen.

EINSTELLUNGEN UND ENTLASSUNGEN

Generell verändert die überwiegende Mehrheit der Betriebe ihr Beschäftigungsniveau während der Covid-19-Pandemie nicht. In den Befragungsdaten zeigt sich das daran, dass die Betriebe - sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland - größtenteils angeben, in gleichem Maße eingestellt und entlassen zu haben bzw. weder Einstellungen noch Entlassungen vorgenommen zu haben. Dieser Anteil lag in der Ende August/Anfang September 2020 durchgeführten Befragung in beiden Landesteilen bei etwa 80%. Bis Ende März/Anfang April 2021 ist der Anteil auf knapp 86% gestiegen. Das liegt nicht zuletzt auch an dem stark verbreiteten Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentes der Kurzarbeit zur Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze (Bellmann et al. 2020b). So führt Kurzarbeit in einem Betrieb dazu, dass Entlassungen verhindert werden können, andererseits können kurzarbeitende Betriebe aber nur unter bestimmten Bedingungen Neueinstellungen vornehmen.

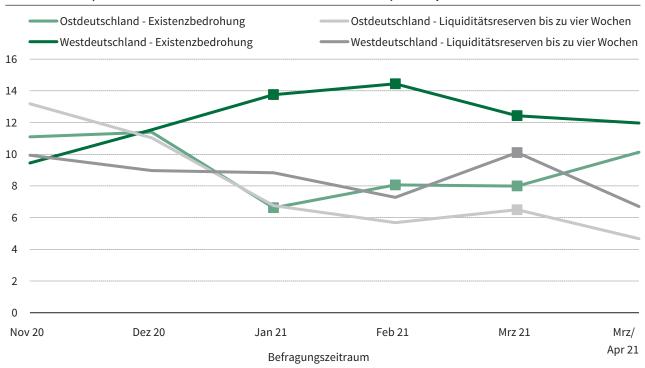
Nichtsdestotrotz zeigt sich im Einstellungs- und Entlassungsverhalten der Betriebe ein deutlicher Trend im Laufe der Pandemie bei den Betrieben, die angaben, mehr Einstellungen als Entlassungen vorgenommen zu haben. Gab Ende August/Anfang September 2020 noch nahezu jeder fünfte Betrieb in Ost- und Westdeutschland an, mehr Personal eingestellt als entlassen zu haben, sank dieser Wert bis Februar 2021 auf etwa

9%. Im Zeitverlauf antworteten immer weniger Betriebe, dass sie mehr Personen eingestellt als entlassen haben (vgl. Abb. 6). Nur im März 2021, als ein kleiner Teil der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wieder aufgehoben war (vgl. die IAB-Datenbasis zu den Corona-Eindämmungsmaßnahmen vom 22. März 2021; Bauer und Weber 2020) wurde der Trend kurz gebrochen. Zu Beginn der zweiten Welle fiel der Anteil der Betriebe mit mehr Einstellungen als Entlassungen besonders stark – vor allem in Ostdeutschland. Hier gaben im Vergleich zu Westdeutschland signifikant weniger Betriebe an, mehr Personen eingestellt als entlassen zu haben. Im selben Zeitraum überstiegen die 7-Tage-Inzidenzen in Ostdeutschland die westdeutschen.

ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DEN BEFRAGUNGS-ERGEBNISSEN

Die Befragungsergebnisse an sich stehen somit größtenteils in direktem Zusammenhang mit dem zeitlichen Verlauf der Pandemie bzw. deren Eindämmungsmaßnahmen. Zwischen den einzelnen Befragungsergebnissen zeigen sich ebenfalls zum Teil starke Zusammenhänge (vgl. Tab. 1). Wenn der Anteil der Betriebe mit überwiegend negativen Auswirkungen hoch ist, gibt es seltener ausreichend Liquiditätsreserven und der Anteil der Betriebe, die mehr einstellen als entlassen wollen, ist geringer. Das trifft in Ost- wie in Westdeutschland gleichermaßen zu. Wenn der Anteil der Betriebe mit ausreichend Liquiditätsreserven hoch ist, dann ist auch der Anteil der Betriebe, die mehr Personal einstellen als entlassen wollen hoch. Dieser Zusammenhang ist in Ostdeutschland etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

Abb. 5
Anteil der Betriebe, die sich in ihrer Existenz bedroht fühlen und Anteil der Betriebe, deren Liquiditätsreserven bis zu vier Wochen reichen

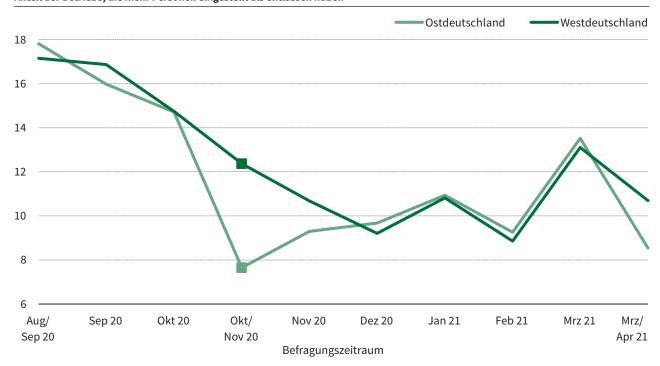


Anmerkung: Die mit einem Quadrat markierten Zeitpunkte zeigen signifikante Unterschiede auf dem 10%-Signifikanzniveau zwischen Ostund Westdeutschland an.

Quelle: Betriebsbefragung "Betriebe in der Covid-19-Krise", Welle 6 – 11 (2020, 2021).

© IAB

Abb. 6
Anteil der Betriebe, die mehr Personen eingestellt als entlassen haben



Anmerkung: Die mit einem Quadrat markierten Zeitpunkte zeigen signifikante Unterschiede auf dem 10%-Signifikanzniveau zwischen Ostund Westdeutschland an. Die Angaben der Betriebe zum Einstellungs- und Entlassungsverhalten beziehen sich auf die drei Wochen vor dem Interviewzeitpunkt.

Quelle: Betriebsbefragung "Betriebe in der Covid-19-Krise", Welle 2 – 11 (2020, 2021).

© IAB

Tab. 1

Korrelationskoeffizienten zwischen Auswirkungen, Liquiditätsreserven und Einstellungs- und Entlassungsverhalten

	Überwiegend negative Auswirkungen	Ausreichend Liquiditäts- reserven	Mehr Einstellungen als Entlassungen
Überwiegend negative Auswirkungen		-0,10	-0,68
Ausreichend Liquiditätsreserven	-0,07		0,68
Mehr Einstellungen als Entlassungen	-0,83	0,30	

 $Anmerkung: hellgr\"{u}n: Korrelationskoeffizienten in Ostdeutschland, dunkelgr\"{u}n: Korrelationskoeffizienten in Westdeutschland.$

Quelle: Betriebsbefragung "Betriebe in der Covid-19-Krise", Welle 2 – 11 (2020, 2021).

© IAB

FAZIT

Die Covid-19-Pandemie hat weiterhin große Auswirkungen auf die Betriebe in Deutschland. So gibt seit Beginn des zweiten Teil-Lockdowns Anfang November 2020 durchgehend etwa die Hälfte von ihnen an, dass sie überwiegend negativ betroffen sind. War dieser Anteil in Ostdeutschland in den Sommermonaten 2020 noch signifikant niedriger als in Westdeutschland, fallen die Anteile danach fast identisch aus. Im Lauf der Pandemie war die Geschäftstätigkeit vieler Betriebe eingeschränkt, was dazu führen kann, dass Liquiditätsreserven abgebaut werden und Betriebe sich im Extremfall in ihrer Existenz bedroht sehen. Mit Blick auf die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt sich dabei ein differenziertes Bild. Westdeutsche Betriebe geben häufiger an, dass sich ihre Liquidität grundsätzlich ausreichend ist. Ein Grund dafür kann sein, dass es in Westdeutschland häufiger Großbetriebe als in Ostdeutschland gibt, die meist über eine bessere Kapitalausstattung verfügen und sich leichter am Kapitalmarkt versorgen können. Auf der anderen Seite sind kurzfristige Liquiditätsreserven und das Risiko der Existenzbedrohung ebenfalls häufiger bei westdeutschen Betrieben zu finden. Beim Einstellungs- und Entlassungsverhalten zeigen sich in Ost- und Westdeutschland sehr ähnliche Verläufe. Der überwiegende Teil der Betriebe verzeichnet keine Veränderungen im Beschäftigungsumfang.

Die zuletzt getroffene Regelung der Eindämmungsmaßnahmen, die sogenannte "Notbremse", enthält eine regionale Komponente, da sich die Einschränkungen nach dem Infektionsgeschehen vor Ort richten. Vor diesem Hintergrund ist es denkbar, dass sich die Auswirkungen auf die Betriebe regional wieder stärker unterscheiden, falls es zu größeren Unterschieden bei der Entwicklung der Infektionszahlen sowie dem Fortgang der Impfungen kommt. Sollte sich der Rückgang in den Infektionen fortsetzen, stellt sich darüber hinaus die Frage, ob sich die Betriebe regional ähnlich von der Krise erholen werden oder ob es zu unterschiedlichen Verläufen kommen wird. Die Informationen aus der IAB-Betriebsbefragung werden weiterhin einen Beitrag dazu leisten, diese Fragen zu beantworten.

LITERATUR

Aminian, A., Bellmann, L., Gleiser, P., Kagerl, C., Kleifgen, E., König, C., Leber, U., Pohlan, L., Roth, D., Schierholz, M. und J. Stegmaier (2021), Wie geht es den deutschen KMU in der zweiten Welle? Ökonomenstimme, 24. März 2021.

Bauer, A. und E. Weber (2020), COVID-19: How Much Unemployment Was Caused by the Shutdown in Germany?, Applied Economics Letters, online first.

Bellmann, L., Kagerl, C., Koch, T., König, C., Leber, U., Schierholz, M., Stegmaier, J. und A. Aminian (2020a), Was bewegt Arbeitgeber in der Krise? Eine neue IAB-Befragung gibt Aufschluss. IAB-Forum, 25. September 2020.

Bellmann, L., Kagerl, C., Koch, T., König, C., Leber, U., Schierholz, M., Stegmaier, J. und A. Aminian (2020b), Kurzarbeit ist nicht alles: Was Betriebe tun, um Entlassungen in der Krise zu vermeiden. IAB-Forum, 25. September 2020.

Gillmann, N. und A. Hilgenberg (2021), "Die Betroffenheit der Wirtschaftszweige durch die Corona-Pandemie im Jahr 2020 in Gesamt- und Ostdeutschland", ifo Dresden berichtet, 28 (01), S. 33-35.

Gürtzgen, N. und A. Kubis (2021), Ein Viertel der mit Corona-Hilfen unterstützten Betriebe sieht dennoch eine Insolvenzgefahr. IAB-Forum, 6. April 2021.

Ragnitz, J. (2019), "Schlechter als erwartet, besser als gedacht: Die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall". ifo Dresden berichtet, 26 (03), S. 3-8.

Weber, E. und B. Gehrke (2020), Kurzarbeit, Entlassungen, Neueinstellungen: Wie sich die Corona-Krise von der Finanzkrise 2009 unterscheidet (Serie "Corona-Krise: Folgen für den Arbeitsmarkt"), IAB-Forum, 28. Mai 2020.

Anna Kremer*

In Sachsen verbleiben mehr Einwohner*innen als in den anderen ostdeutschen Bundesländern

In diesem Beitrag untersuche ich, ob und wie sich das Umzugsverhalten der Sächsinnen und Sachsen vom ost- und bundesdeutschen Durchschnitt unterscheidet. Dabei prüfe ich, wie ausgeprägt die Wanderung innerhalb des Bundeslandes gegenüber der Abwanderung ist und wie sich die Ost-West- und Stadt-Land-Wanderung auf die Entwicklung der Einwohnerzahlen auswirken. Für Sachsen lässt sich feststellen, dass relativ mehr Einwohner*innen bleiben als in den anderen ostdeutschen Flächenländern und es damit positive Entwicklungsperspektiven hat.

Jährlich ziehen etwa 3% der Menschen in Deutschland über die Kreisgrenzen um (Stawarz und Sander 2019). Dies hat verschiedene persönliche oder wirtschaftliche Gründe. Grundsätzlich kann man aber wohl davon ausgehen, dass ein dauerhaft negativer Wanderungssaldo ein Zeichen für eine geringere (relative) Attraktivität eines Ortes ist. Gleichzeitig beeinflusst die Entwicklung der Einwohnerzahl aber auch die Zukunftsfähigkeit von Regionen: Eine starke Abwanderung, welche häufig zusätzlich zu einer Überalterung der Region führt, kann bspw. eine Region auch wirtschaftlich schwächen. Eine Analyse des Umzugsverhaltens kann daher auch Perspektiven der regionalen Entwicklung aufzeigen.

Sander (2014) etwa untersucht die (De-)Urbanisierung in Deutschland und die Ost-West-Umzüge nach Altersgruppen. Dabei kann die Studie aber lediglich auf Daten bis 2010 zurückgreifen. Der vorliegende Artikel betrachtet darüber hinaus auch alle Umzüge seit der Wiedervereinigung bis 2017 und legt einen besonderen Fokus auf die Entwicklung in Sachsen und Ostdeutschland.

Um einen ersten Einblick in die Attraktivität Sachsens für seine Einwohner*innen zu bekommen, wird zunächst das Verhältnis von Umzügen innerhalb des Bundeslandes gegenüber den Abwanderungen über die Landesgrenzen betrachtet. Zudem gibt ein Vergleich der Wanderungslängen einen Eindruck, wie sehr die Menschen in ihrer angestammten Region bleiben. Dem schließt sich eine gesonderte Betrachtung Sachsens in der Ost-West-Wanderung an. Abschließend untersuche ich anhand der Wanderungszahlen, wie sich ländliche und städtische Regionen in Sachsen und (Ost-)Deutschland entwickeln.

DATEN UND METHODE

Als Methode wird ein deskriptiver Vergleich gewählt, welcher die unterschiedliche Entwicklung in Sachsen, Ost- und Gesamtdeutschland darstellt. Dabei werden Ost- und Gesamtdeutschland jeweils ohne Sachsen betrachtet. Die Analyse umfasst die Jahre 1991 bis 2017 und gründet auf den Daten der Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder. Alle Umzüge über die Kreisgrenzen werden in diesem Zeitraum erfasst.

Um die wirtschaftlichen Folgen für die betrachteten Regionen besser abzuschätzen, wird außerdem zwischen vier Altersgruppen bei der Wanderung unterschieden, da diese unterschiedlich wirtschaftlich aktiv sind: Erstens die 0- bis 17-Jährigen, welche für umziehende Familien stehen. Zweitens die 18- bis 29-Jährigen, welche zum Studium, zur Ausbildung oder für den ersten Job umziehen. Drittens werden die Gruppe der 30- bis 64-Jährigen und viertens die der Rentner*innen ab 65 Jahren gesondert betrachtet. Für die Altersuntergliederung liegen erst seit dem Jahr 2002 Daten vor.

Außerdem wird die Entwicklung des Umzugsverhaltens zwischen städtischen und ländlichen Regionen unterschieden. Für die Stadt-Land-Abgrenzung wird auf die Klassifikation des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zurückgegriffen.

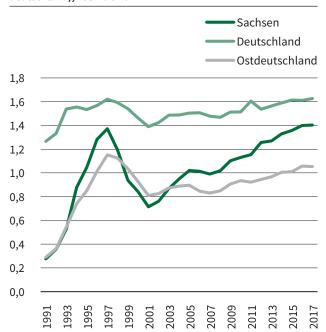
IN SACHSEN BLEIBEN RELATIV MEHR MENSCHEN ALS IN OST- UND WENIGER ALS IN WESTDEUTSCHLAND

Der Vergleich von Wanderungen innerhalb eines Bundeslandes und zwischen Bundesländern kann Aufschluss darüber geben, wie stark ein Bundesland seine Bevölkerung an sich binden kann. Eine geringe Abwanderung kann dabei auf ein größeres Entwicklungspotenzial bzw. eine höhere Attraktivität einer Region hinweisen. Umzüge werden allerdings nicht nur von wirtschaftlichen Faktoren getrieben, sondern auch persönliche Gründe, wie etwa die Familiensituation oder die Einstellung gegenüber der Region, beeinflussen die Umzugsentscheidungen.

Abbildung 1 gibt das Verhältnis zwischen den Wanderungszahlen innerhalb eines Bundeslandes gegenüber der Abwanderung aus diesem an. Dabei zeigt sich, dass das Verhältnis in Sachsen zunächst recht ähnlich zum Trend der restlichen ostdeutschen Bundesländer mit einer stärkeren Abwanderung verlief. Bis zum Jahr 1995 (Sachsen) bzw. 1996 (Ostdeutschland) wanderten mehr Menschen ab als innerhalb des Bundes-

^{*} Anna Kremer ist Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1 Verhältnis zwischen den Wanderungen innerhalb eines Bundeslandes und den Abwanderungen (aggregiert für Ost- und Gesamtdeutschland), 1991 bis 2017



Anmerkungen: Die Grafik stellt die Relation von Umzügen innerhalb des jeweiligen Bundeslandes zu den Fortzügen dar. Ein Wert >1 zeigt dabei, dass mehr Umziehende im Land verbleiben als abwandern. Für Ost- bzw. Gesamtdeutschland wurden ebenfalls die Binnenwanderung in den Bundesländern betrachtet.

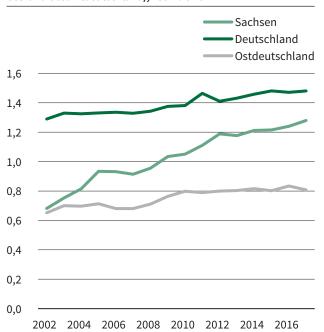
Datenquelle: Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder (2017), Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

landes umziehen. Seit Mitte der 2000er Jahre aber gibt es innerhalb Sachsens im Vergleich zu den restlichen ostdeutschen Ländern zunehmend höhere Wanderungszahlen relativ zu den Abwanderungen über die Landesgrenze. Relativ zu den gesamten Umzügen wandern also verhältnismäßig weniger Menschen ab als in den restlichen ostdeutschen Ländern. Trotz dieser positiven Entwicklung in Sachsen liegt das Verhältnis der innersächsischen Umzüge zu den Wegzügen weiter unter dem von Gesamtdeutschland, obwohl sich Sachsen Gesamtdeutschland annähert. Der Vergleich des gesamtdeutschen mit dem ostdeutschen Trend zeigt, dass im Westen im Vergleich zum Osten noch immer relativ mehr Umzüge innerhalb der Bundesländer als zwischen den Bundesländern stattfinden.

Von besonderem Interesse für die Zukunft eines Bundeslandes ist, wie stark junge Erwachsene in der Region verhaftet bleiben oder abwandern. Die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen weist sowohl in Ost- als auch Gesamtdeutschland einen zunehmenden Trend zum Verbleib im Bundesland aus (vgl. Abb. 2). In Sachsen ist dieser Trend noch deutlich stärker ausgeprägt. Die anderen Altersgruppen (ohne Abbildung) folgen ebenfalls dem Trend, dass sich Sachsen schneller dem gesamtdeutschen Niveau annähert als die anderen ostdeutschen Länder.

Die Erkenntnisse aus den Abbildungen 1 und 2 deuten darauf hin, dass Sachsen seine Bevölkerung vergleichsweise gut halten kann. Doch auch wenn es eine Annäherung des ostdeut-

Abb. 2 Verhältnis zwischen den Wanderungen der 18- bis 29-Jährigen innerhalb eines Bundeslandes und deren Abwanderungen (aggregiert für Ost- und Gesamtdeutschland), 1991 bis 2017



Anmerkungen: Die Grafik stellt die Anzahl von Umzügen innerhalb des Bundeslandes gegenüber den Fortzügen dar. Ein Wert >1 zeigt dabei, dass mehr Menschen im Land verbleiben als abwandern.

Datenquelle: Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder (2017), Darstellung des ifo Instituts.

schen an den gesamtdeutschen Trend in den vergangenen Jahren gab, muss festgehalten werden, dass in Ostdeutschland weiterhin relativ viele Menschen über die Grenzen ihres jeweiligen Bundeslandes hinaus abwandern.

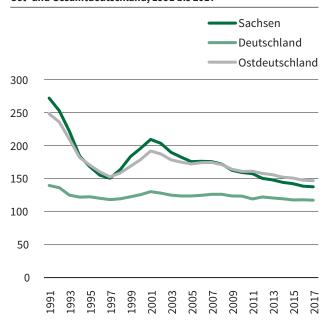
WANDERUNGSLÄNGEN: VERBUNDENHEIT MIT DER REGION UND WIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN

Auch die Wanderungslänge zeigt, wie stark Menschen in einer Region verbleiben. Daher werden im Folgenden die durchschnittlichen Wanderungslängen von Umzügen aus Sachsen, Ost- und in Gesamtdeutschland verglichen. Im Gegensatz zum Vergleich der Bundeslandbinnenwanderung mit der Abwanderung wird hier ein Maß genutzt, welches nicht die Außengrenzen der Bundesländer beachtet, sondern, wie weit weg genau die Menschen umgezogen sind.

In Sachsen und Ostdeutschland finden Umzüge durchschnittlich über größere Distanzen als in Westdeutschland statt, was an den geringeren Distanzen in Gesamt- als in Sachsen oder Ostdeutschland festgemacht werden kann (vgl. Abb. 3). In den letzten Jahren hat sich das Umzugsverhalten der Sachsen im Vergleich zu den restlichen Ostdeutschen etwas stärker dem Durchschnitt in Deutschland angenähert. Zuvor gab es in Sachsen eine Tendenz zu längeren Wanderungen als im restlichen Ostdeutschland.

Abb. 3

Durchschnittliche Wanderungsdistanz bei Umzügen aus Sachsen,
Ost- und Gesamtdeutschland. 1991 bis 2017



 $Anmerkungen: \ Die \ Grafik \ stellt \ die \ mittlere \ Umzugsdistanz \ in \ km \ dar.$

Datenquelle: Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder (2017), Darstellung des ifo Instituts.

OST-WEST-MIGRATION: WANDERUNGSÜBERSCHUSS IN SACHSEN BEI DEN 18- BIS 29-JÄHRIGEN

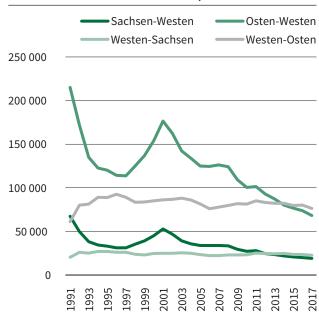
Bei der folgenden Betrachtung der Ost-West-Migrationsströme wird Berlin aus dem Datensatz gestrichen, da die Zuordnung der geteilten Stadt schwierig ist und potenziell die Ergebnisse verzerrt. Ostdeutschland bezieht sich in diesem Abschnitt daher nur auf die Flächenländer.

Dass die Wanderung von Ost nach West nach der Wiedervereinigung stärker war (Ragnitz 2013) und sich das Verhältnis erst 2017 ausgeglichen hat (Rösel 2019), wird häufig diskutiert. Weniger bekannt ist aber, ob Sachsen dem Gesamttrend gefolgt ist oder sich andere Erkenntnisse für dieses Bundesland ableiten lassen. Abbildung 4 zeigt, dass die Abwanderung aus Sachsen nach Westdeutschland in der Tat ähnlich zum allgemeinen Muster Ostdeutschlands war und lediglich in den letzten Jahren die Abwanderung gen Westen etwas weniger stark zurückgegangen ist.

Ein ähnliches Ost-West-Abwanderungsmuster ist auch für die untersuchten Altersgruppen feststellbar. Allerdings zeigt sich, dass bei den 18- bis 29-Jährigen (vgl. Abb. 5) sowie bei Familien (gemessen an den Umzügen der bis 18-Jährigen, ohne Abb.) die Abwanderung aus Sachsen nur leicht rückläufig ist. Die Nettowanderung gegenüber Westdeutschland in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen für Sachsen war in den letzten Jahren positiv, erkenntlich aus den höheren absoluten Zuströmen aus dem Westen als Abwanderungen, und deutet damit auf positive Entwicklungsperspektiven hin.

Die West-Ost-Wanderung und auch besonders die Zuwanderung nach Sachsen aus Westdeutschland (vgl. Abb. 4)

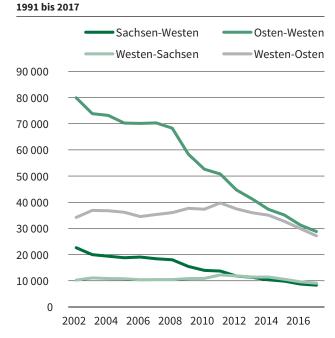
Abb. 4
Gesamtwanderung zwischen Ost- (ohne Berlin) und Westdeutschland bzw. Sachsen und Westdeutschland, 1991 bis 2017



Anmerkungen: Die Grafik stellt die absolute Anzahl an Umzügen zwischen Ost- und West- bzw. Sachsen und Westdeutschland dar. Berlin wird dabei nicht betrachtet. Die Nettowanderung ergibt sich aus der Subtraktion der beiden jeweiligen Ströme (Linien).

Datenquelle: Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder (2017), Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 5
Gesamtwanderung der 18- bis 29-Jährigen zwischen Ost- (ohne Berlin) und Westdeutschland bzw. Sachsen und Westdeutschland,



Anmerkungen: Die Grafik stellt die absolute Anzahl an Umzügen zwischen Ost- und Westdeutschland bzw. Sachsen und Westdeutschland in der Altersgruppe 20 bis 29 Jahre dar. Berlin wird dabei nicht betrachtet. Die Nettowanderung ergibt sich aus der Subtraktion der beiden jeweiligen Ströme (Linien).

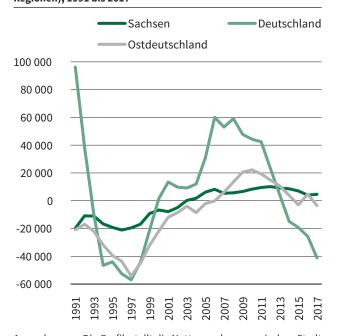
Datenquelle: Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder (2017), Darstellung des ifo Instituts. © ifo Institut schwankt weniger stark als die Abwanderung und hat einen über die Zeit relativ stabilen Verlauf. Die Zuwanderung in den einzelnen Altersgruppen zeigt dasselbe Muster. Die Wanderung nach Sachsen ist entsprechend etwas weniger von zeitlichen Ereignissen und kurzzeitigen Gegebenheiten getrieben.

STADT-LAND-ATTRAKTIVITÄT IN SACHSEN ANDERS ALS IN DEUTSCHLAND

Ein weiterer Aspekt der Binnenwanderung ist die Stadt-Land-Dynamik. Wie in Abbildung 6 zu sehen, gab es dabei deutschlandweit Trends, zunächst einer Ent- und dann einer Verstädterung. Um diese Trends zu bestimmen, werden die absoluten Zu- mit den Abwanderungszahlen in Stadt bzw. Land verrechnet. In den letzten Jahren überwog wieder die Abwanderung aus den Städten aufs Land (negativer Wanderungsüberschuss in der Stadt). Auch wenn nur Ostdeutschland oder Sachsen betrachtet werden, bestätigen sich diese Trends grob, wenn auch weniger ausgeprägt aufgrund der niedrigeren absoluten Bevölkerungs- und damit Umzugszahlen. In Ostdeutschland und besonders in Sachsen hat allerdings die Flucht aufs Land in den vergangenen letzten Jahren noch nicht wieder so stark eingesetzt wie deutschlandweit.

Bei einem genaueren Blick auf die 18- bis 29-Jährigen (vgl. Abb. 7) und 30- bis 64-Jährigen (vgl. Abb. 8), also die arbeitsmarktrelevanten Altersgruppen, zeigen sich weitere Muster im Wanderungsverhalten. Wie in Abbildung 7 erkenntlich, war die Attraktivität der Städte für junge Erwachsene in Sachsen in den letzten zehn Jahren recht stabil. Im Bundesdurch-

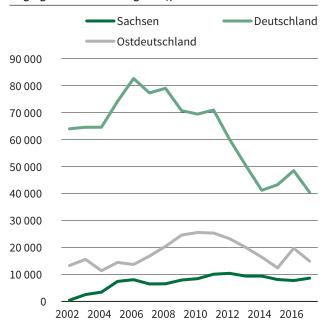
Abb. 6 Wanderungsüberschuss Stadt (Zuzüge minus Wegzüge in städtischen Regionen), 1991 bis 2017



Anmerkungen: Die Grafik stellt die Nettowanderung zwischen Stadt und Land dar. Diese ist definiert als Saldo zwischen den Zuzügen vom Land in die städtischen Regionen minus die Zuzüge aus der Stadt in ländliche Regionen.

Datenquelle: Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder (2017), Darstellung des ifo Instituts.

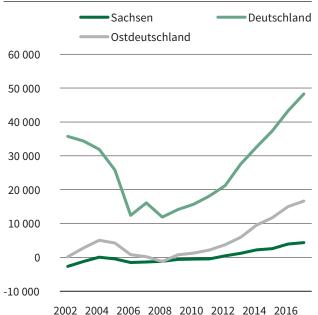
Abb. 7 Wanderungsüberschuss Stadt der 18- bis 29-Jährigen (Zuzüge minus Wegzüge in städtischen Regionen), 2002 bis 2017



Anmerkungen: Die Grafik stellt die Nettowanderung zwischen Stadt und Land dar. Diese ist definiert als Saldo zwischen den Zuzügen vom Land in die städtischen Regionen minus die Zuzüge aus der Stadt in ländliche Regionen.

Datenquelle: Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder (2017), Darstellung des ifo Instituts.

Abb. 8
Wanderungsüberschuss Land der 30- bis 64-Jährigen (Zuzüge minus Wegzüge in ländlichen Regionen), 2002 bis 2017



Anmerkungen: Die Grafik stellt die Nettowanderung zwischen Land und Stadt dar. Diese ist definiert als Saldo zwischen Zuzügen aus der Stadt in ländliche Regionen minus die Zuzüge vom Land in die städtischen Regionen.

Datenquelle: Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder (2017), Darstellung des ifo Instituts.

schnitt dagegen zeigt sich ein deutlicher und in Ostdeutschland ein leichter Rückgang der Urbanisierung dieser Altersgruppe.

Bei den 30- bis 64-Jährigen gewinnt das Land gegenüber der Stadt deutschlandweit im Durchschnitt in der gesamten Beobachtungsperiode an Einwohnern (vgl. Abb. 8). In Sachsen gab es dagegen Anfang der 2000er Jahre eine kurze Periode, in welcher auch die 30- bis 64-Jährigen eher in die Städte wanderten. Für Ostdeutschland trifft das auf das Jahr 2008 zu. Danach zeigt sich aber auch hier ein Trend dieser Altersgruppe zur Abwanderung aufs Land.

FAZIT

Dieser Beitrag zeigt, dass der Anteil der Umzüge innerhalb Sachsens relativ zu den Abwanderungen höher als in Ostdeutschland insgesamt ist. Sachsen scheint somit seine Bevölkerung stärker an sich zu binden als die restlichen ostdeutschen Bundesländer. Dies deutet darauf hin, dass sowohl die wirtschaftlichen Perspektiven in Sachsen günstiger sind als im ostdeutschen Durchschnitt, als auch die persönliche Motivation der Menschen vorhanden ist, in der Region zu verbleiben. Nichtsdestotrotz erreicht das Verhältnis zwischen Binnen- und Abwanderung dennoch nicht die deutlich stärkere relative Binnenwanderung in den westdeutschen Ländern.

Weiterhin zeigt sich, dass die sächsische Wanderung in den Westen dem ostdeutschen Trend relativ ähnlich ist und nur in den letzten Jahren etwas weniger zurückgegangen ist. Bei den 18- bis 29-Jährigen aber kam es in Sachsen zu einem Wanderungsüberschuss gegenüber Westdeutschland in den letzten Jahren, was eine Entwicklungsperspektive verdeutlicht. Die Betrachtung der absoluten Umzüge zwischen Stadt und Land verdeutlicht, dass in Sachsen die Verstädterung noch anzuhalten scheint, während deutschlandweit eine erneute Periode der Stadtflucht bereits begonnen hat.

LITERATUR

Rösel, F. (2019), "Die Wucht der deutschen Teilung wird völlig unterschätzt.", ifo Dresden berichtet, 26 (03), S. 23-25.

Ragnitz, J. (2013), "Wanderungen von und nach Ostdeutschland", ifo Dresden berichtet, 20 (06), S. 44-48.

Sander, N. (2014), Internal Migration in Germany, 1995-2010: New insights into East-West Migration and Re-urbanisation, Comparative Population Studies, 39 (2).

Stawarz, N. und N. Sander (2019), The Impact of Internal Migration on the Spatial Distribution of Population in Germany Over the Period 1991-2017, Comparative Population Studies, 44.

Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2017), Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Bonn. Remo Nitschke*

Vom Regen in die Traufe – Umsatzentwicklung im sächsischen Gastgewerbe im Jahr 2020

Seit mehr als einem Jahr hinterlässt die Corona-Pandemie tiefe Spuren in der Wirtschaft und legt teilweise ganze Wirtschaftszweige lahm. Als besonders betroffen gilt das Gastgewerbe. Eine Analyse der Umsatzentwicklung im Jahr 2020 im sächsischen Gastgewerbe zeigt, dass die Unternehmen insbesondere in den Lockdown-Monaten von März bis April sowie ab November erhebliche Umsatzverluste im Vergleich zum Vorjahr hinzunehmen hatten, aber auch in den Sommermonaten häufig unter Vorjahresniveau blieben. Insgesamt lagen die Umsätze im Jahr 2020 in der Beherbergung gut 40% unter Vorjahresniveau, die Gastronomie verzeichnete ein Umsatzminus von 30%. Besonders hart getroffene Wirtschaftsgruppen sind der Ausschank von Getränken sowie Hotels, Gasthöfe und Pensionen. Campingplätze dagegen profitierten sogar leicht von der Entwicklung.

Zu Beginn des Jahres 2020 erreichte die Corona-Pandemie Deutschland und brachte erhebliche Einschränkungen für die Gesellschaft als Ganzes, aber auch für die wirtschaftliche Aktivität vieler Unternehmen mit sich. Das Gastgewerbe, bestehend aus Beherbergung (WZ 55) und Gastronomie (WZ 56), gilt seither als einer der besonders hart von den Corona-Maßnahmen getroffenen Wirtschaftsabschnitte. Laut Umfragen des Deutschen Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) rechneten im November 2020 über 90% der deutschen Unternehmen im Gastgewerbe mit Umsatzrückgängen im Jahr 2020 und damit so viele wie in keiner anderen Branche außer der Reisewirtschaft (vgl. DIHK 2020).

Mitte März hieß es zum ersten Mal "Lockdown", in dessen Folge auch die Unternehmen des Gastgewerbes schließen mussten. Ausnahmen gab es lediglich für Übernachtungsangebote zu notwendigen, nicht touristischen Zwecken sowie Abhol- und Lieferservices in der Gastronomie. Der erste Lockdown dauerte rund sieben Wochen, bevor Anfang Mai 2020 wieder Lockerungen in Kraft traten, in deren Folge bspw. erste Restaurants, Bars und Lokale öffnen durften. In den Sommermonaten stabilisierte sich die Lage. Auch Beschränkungen im Tourismus wurden zunehmend aufgehoben. Dennoch unterlag das Gastgewerbe strengen Hygieneauflagen, wie Personenbeschränkungen, Abstandsregeln sowie Mund- und Nasenschutz-Pflicht in geschlossenen Räumen, weshalb nicht alle Unternehmen ihre Kapazitäten voll ausreizen konnten. Angesichts erneut steigender Infektionszahlen sah sich die Politik gezwungen, ab November 2020 einen "Lockdown light" zu beschließen. Während das wirtschaftliche Leben weitgehend am Laufen blieb, musste das Gastgewerbe trotz teils umfangreicher Vorkehrungen und Hygienekonzepte wieder schließen. Dieser Beitrag stellt die Umsatzentwicklung im sächsischen Gastgewerbe unter dem Einfluss der Corona-Maßnahmen im Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 2019 dar.

BEHERBERGUNG INSGESAMT ETWAS STÄRKER BETROFFEN ALS DIE GASTRONOMIE

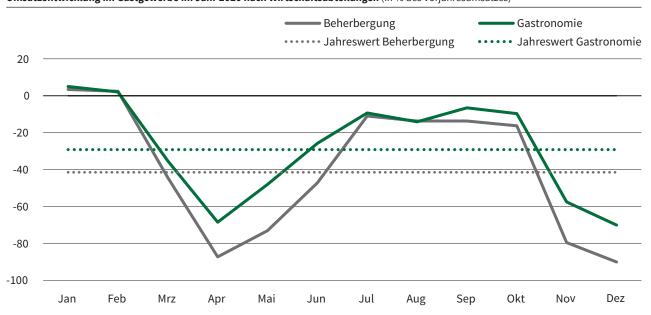
Abbildung 1 zeigt die Umsatzentwicklung in den beiden Abteilungen des Wirtschaftsabschnitts Gastgewerbe im Vergleich zum Vorjahr. Während die Umsätze in der Beherbergung und der Gastronomie zu Beginn des Jahres 2020 noch leicht über dem Vorjahresniveau lagen, stellte sich mit den Beschlüssen zum ersten Lockdown ab März 2020 ein Umsatzrückgang ein. Im April 2020 lag der Umsatz im Beherbergungsgewerbe dann knapp 90% unter dem Vorjahreswert, in der Gastronomie waren es rund 70% weniger als im Vorjahr. Von Mai bis Oktober 2020 erholten sich die Umsätze in beiden Abteilungen wieder, lagen jedoch weiterhin unter dem Vorjahresniveau. Mit dem Lockdown ab November 2020 folgte der erneute Einbruch, der im Dezember sogar etwas stärker ausfiel als im April. Insgesamt sieht die Entwicklung in beiden Abteilungen sehr ähnlich aus, wobei das sächsische Beherbergungsgewerbe 2020 insgesamt einen etwas stärkeren Umsatzrückgang (-42%) gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen hatte als die Gastronomie (-29%).

CAMPINGPLÄTZE KAMEN 2020 AM BESTEN DURCH DIE PANDEMIE

Ein Blick in die einzelnen Wirtschaftsgruppen des Gastgewerbes offenbart jedoch weitere Unterschiede (vgl. hierzu Abb. 2). Im Beherbergungsgewerbe wurden insbesondere Hotels, Gasthöfe und Pensionen sowie Ferienunterkünfte u. ä. hart vom Lockdown im Frühjahr und Winter 2020 getroffen (vgl. Abb. 2, linke Seite). Hier lagen die Umsätze im April sowie Dezember 2020 bei weniger als 10% des Umsatzes im Vorjahresmonat. Beide Wirtschaftsgruppen erholten sich im Sommer langsam wieder, lagen jedoch auch in den Monaten Juli bis Oktober 2020

^{*} Remo Nitschke ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1
Umsatzentwicklung im Gastgewerbe im Jahr 2020 nach Wirtschaftsabteilungen (in % des Vorjahresumsatzes)



Anmerkung: Dargestellt ist die monatliche Umsatzveränderung gegenüber dem Vorjahr in der Beherbergung (durchgezogene graue Linie) und der Gastronomie (durchgezogene grüne Linie) im Jahr 2020. Ein negativer Wert zeigt einen Umsatzrückgang im Vergleich zum Vorjahresmonat an. Die gestrichelten Linien verdeutlichen die Umsatzveränderung im gesamten Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr. Die Werte beziehen sich auf die reale prozentuale Veränderung der Umsatzmesszahl zum Vorjahr in Preisen von 2015.

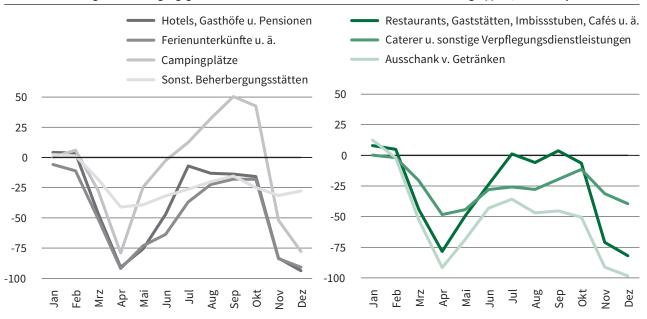
Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2021a), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

weiterhin unter dem Vorjahresniveau, auch weil es weiterhin Beschränkungen bezüglich der Auslastung gab.

Ein anderes Bild lässt sich für Campingplätze beobachten. Hier ist nach dem Umsatzeinbruch im April 2020 eine rasche Erholung zu erkennen. Bereits im Juni 2020 erreichten die Umsätze fast wieder ihr Vorjahresniveau und konnten mit bis zu 50% über Vorjahresniveau im September 2020 sogar kräftig gesteigert werden. Dies lässt sich hauptsächlich durch eine erhöhte Nachfrage von Inlandstouristen erklären, die ihre geplanten Auslandsreisen coronabedingt absagen mussten oder

Abb. 2
Umsatzentwicklung im Beherbergungsgewerbe und der Gastronomie im Jahr 2020 nach Wirtschaftsgruppen (in % des Vorjahresumsatzes)



Anmerkung: Dargestellt ist die monatliche Umsatzveränderung gegenüber dem Vorjahr in der Beherbergung (linke Seite) und der Gastronomie (rechte Seite) im Jahr 2020. Ein negativer Wert zeigt einen Umsatzrückgang im Vergleich zum Vorjahresmonat an. Die Werte beziehen sich auf die reale prozentuale Veränderung der Umsatzmesszahl zum Vorjahr in Preisen von 2015.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2021a), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Unterkünfte mit weniger Menschen auf engem Raum bevorzugten (vgl. Heisig 2020). Außerdem dürfte es für Campingplätze leichter gewesen sein, die vorgeschriebenen Hygieneauflagen zu erfüllen als für sonstige Unterkünfte, in denen Gäste in geschlossenen Räumen untergebracht sind. Summiert über das ganze Jahr 2020 verzeichnete die Wirtschaftsgruppe der Campingplätze sogar ein leichtes Umsatzplus gegenüber dem Vorjahr. Die Wirtschaftsgruppe sonstiger Beherbergungsstätten, welche sich u. a. aus Privatunterkünften sowie der Unterbringung von Studierenden und Arbeitern zusammensetzt, verzeichnete geringere Umsätze als im Vorjahr, zeigte sich jedoch nicht so reagibel auf die getroffenen Corona-Beschränkungen wie die übrigen Wirtschaftsgruppen.

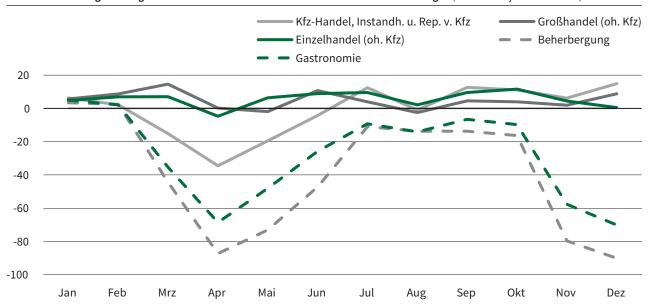
AUSSCHANK VON GETRÄNKEN AM STÄRKSTEN BETROFFEN

Abbildung 2 (rechte Seite) zeigt die Umsatzentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsgruppen der Gastronomie. Den stärksten Umsatzrückgang im gesamten Jahr verzeichnete der Ausschank von Getränken. Diese Wirtschaftsgruppe umfasst neben Schankwirtschaften und Bars auch Diskotheken und Tanz- sowie Vergnügungslokale. Hier lag der Umsatz im Zuge des ersten Lockdowns im April 2020 knapp 92% unter Vorjahresniveau. Dass es trotz weitreichender Schließungen überhaupt noch Umsätze gab, dürfte auf Außer-Haus-Verkäufe zurückzuführen sein. Die Erholung im Sommer fiel zudem deutlich schwächer aus als in anderen Wirtschaftsgruppen. Selbst im Juli war der Umsatz noch 38% niedriger als im Vorjahr. Dies dürfte vorrangig dadurch zu erklären sein, dass es noch Hygieneauflagen, insbesondere in geschlossenen Räumen, gab. Zudem blieben Diskotheken und Tanzlokale selbst in den Sommermonaten geschlossen. Der erneute Lockdown im Winter drückte die Umsätze dann nochmals stärker als der erste Lockdown: Im Dezember 2020 lag der Umsatz dann fast 100% unter dem Vorjahresniveau. Auf Jahressicht war der Umsatz in dieser Wirtschaftsgruppe 2020 nicht einmal halb so groß wie in 2019. Auch Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés u. ä. verzeichneten mit -80% im April und Dezember 2020 starke Umsatzeinbußen im Vergleich zum Vorjahr, erholten sich in den Sommermonaten jedoch besser. Im Juli und September lag der Umsatz sogar leicht über Vorjahresniveau. Caterer und sonstige Verpflegungsdienstleistungen waren in den Lockdown-Monaten nicht so stark betroffen wie die übrigen Wirtschaftsgruppen. Dennoch lag der Umsatz hier im gesamten Jahr rund ein Viertel niedriger als im Vorjahr. Hierfür dürften weniger direkte Corona-Beschränkungen verantwortlich sein, sondern vielmehr coronabedingt abgesagte private Feiern sowie öffentliche Veranstaltungen.

GASTGEWERBE DEUTLICH STÄRKER BETROFFEN ALS DER HANDEL

Ein Vergleich der Wirtschaftsabteilungen des Gastgewerbes mit denen des Handels zeigt, dass diese deutlich weniger von Einschränkungen betroffen waren als das Gastgewerbe (vgl. Abb. 3). Der Einzel- und Großhandel kamen 2020 insgesamt besser durch die Krise und verzeichneten in einigen Monaten sogar Umsatzzuwächse gegenüber dem Vorjahr. Der Kfz-Handel, inklusive Instandhaltung und Reparatur von Kfz, hatte dagegen deutliche Umsatzrückgänge im ersten Lockdown zu verzeichnen, erholte sich im Sommer 2020 jedoch wieder und hielt den Rest des Jahres seine Umsätze über Vorjahresniveau. Jedoch muss man festhalten, dass es auch innerhalb dieser Wirtschaftsabteilungen große Unterschiede zwischen einzelnen Wirtschaftsgruppen gibt (nicht dargestellt). Ein Blick in die Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels zeigt bspw., dass insbeson-

Abb. 3
Umsatzentwicklung im Gastgewerbe und im Handel im Jahr 2020 nach Wirtschaftsabteilungen (in % des Vorjahresumsatzes)



Anmerkung: Dargestellt ist die monatliche Umsatzveränderung gegenüber dem Vorjahr in den Wirtschaftsabteilungen des Handels (durchgezogene Linien) und des Gastgewerbes (gestrichelte Linien) im Jahr 2020. Ein negativer Wert zeigt einen Umsatzrückgang im Vergleich zum Vorjahresmonat an. Die Werte beziehen sich auf die reale prozentuale Veränderung der Umsatzmesszahl zum Vorjahr in Preisen von 2015.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2021a,b,c,d), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

dere der Onlinehandel und Tankstellen mit Umsatzsteigerungen von 25% bzw. 14% im Jahr 2020 von der Corona-Pandemie profitierten. Besonders betroffen ist dagegen der Einzelhandel an Verkaufsständen mit rund 20% weniger Umsatz als im Vorjahr. Die Umsätze in den übrigen Gruppen des Einzelhandels in Verkaufsräumen zeigten sich auf Jahressicht relativ stabil. Dies dürfte einerseits dadurch zu erklären sein, dass insbesondere der Handel mit Lebensmitteln und weiteren Gütern des täglichen Bedarfs weniger oder gar nicht von Schließungen betroffen war. Andererseits waren die Wirtschaftsgruppen um den Handel mit Haushaltsgeräten u. ä., Sportausrüstung, Verlagserzeugnissen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern (u. a. Bekleidung, Schuhe, Schmuck, Apotheken, kosmetische Erzeugnisse, Pflanzen) in den Monaten März, April und Dezember 2020 zwar von Schließungen und deutlichen Umsatzverlusten betroffen, erwirtschafteten in den übrigen Monaten jedoch oft mehr Umsätze als im Vorjahresmonat. Auch hier sind bei noch tieferer Differenzierung jedoch weitere Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsklassen - je nach Art der gehandelten Güter - sehr wahrscheinlich.

FAZIT

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Gastgewerbe 2020 deutlich stärkere Umsatzverluste im Vergleich zum Vorjahr hinzunehmen hatte als andere Wirtschaftsabschnitte wie bspw. der Handel. Bereits im ersten Lockdown brachen die Umsätze in der Beherbergung und der Gastronomie um bis zu 90% bzw. 70% gegenüber dem Vorjahresmonat ein. Trotz einer Erholung im Sommer blieben die Umsätze in den meisten Bereichen unter Vorjahresniveau. Der zweite Umsatzeinbruch ab November 2020 fiel dann nochmals etwas stärker aus und wird erwartungsgemäß länger andauern als im ersten Lockdown. Aufgrund der Aufrechterhaltung der strengen Corona-Beschränkungen über den Jahreswechsel hinaus ist auch zu Beginn des Jahres 2021 mit sehr niedrigen Umsätzen, vor allem in den von weitreichenden Schließungen betroffenen Unternehmen, zu rechnen.

Dieser Beitrag zeigt aber auch, dass es zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsgruppen des Gastgewerbes gibt. Während bspw. der Ausschank von Getränken auf Jahressicht 2020 über 50% weniger Umsatz verzeich-

nete als im Vorjahr, lagen die Umsätze in der Wirtschaftsgruppe der Campingplätze insgesamt sogar leicht über Vorjahresniveau. Gleichwohl muss zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Unternehmen auch deren Kostenseite betrachtet werden. So ist es wahrscheinlich, dass insbesondere von Schließungen betroffene Unternehmen nicht nur geringere Umsätze, sondern auch geringere Kosten aufgrund aufgeschobener Investitionen sowie wegfallender Personal- und Einkaufskosten zu verzeichnen hatten. Demgegenüber dürften die strengen Corona-Auflagen zusätzliche Kosten in geöffneten Unternehmen mit sich gebracht haben. Mit Blick auf die zukünftige Ausgestaltung von Hilfen für betroffene Unternehmen erweisen sich reine Erstattungen des Umsatzausfalls, wie im Falle der November- und Dezemberhilfen, daher als wenig treffsicher und anreizkompatibel (Hentze 2020). Vielmehr ist es notwendig, die Kostenstrukturen der Unternehmen zu berücksichtigen, um eine möglichst bedarfsgerechte Unterstützung zu gewährleisten und größere Über- oder Unterkompensationen zu vermeiden.

LITERATUR

DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (Hrsg.) (2020), Auswirkungen von COVID-19 auf die deutsche Wirtschaft, 5. DIHK-Blitzumfrage November 2020, Berlin.

Heisig, K. (2020): "Wohin es die Deutschen im Sommer 2020 nach dem Shutdown zieht", ifo Dresden berichtet 27(04), S. 21-23.

Hentze, T. (2020), Die Ausgestaltung der Corona-Hilfen im Jahr 2021, IW-Policy Paper 27/20, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2021a), Gastgewerbe, Umsätze (in jeweiligen Preisen, in Preisen des Jahres 2015), WZ2008, Sachsen, Jahre, Berichtsmonat/Vormonat, Zeitreihe: 45213-008Z, Kamenz, abgerufen am 4. März 2021.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2021b), Kfz-Handel, Veränderung Umsätze (in jeweiligen Preisen, in Preisen des Jahres 2015), WZ2008, Sachsen, Jahre, Monate, Zeitreihe: 45214-013Z, Kamenz, abgerufen am 8. März 2021.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2021c), Großhandel, Veränderung Umsätze (in jeweiligen Preisen, in Preisen des Jahres 2015), WZ2008, Sachsen, Jahre, Monate, Zeitreihe: 45211-018Z, Kamenz, abgerufen am 8. März 2021.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.) (2021d), Einzelhandel, Veränderung Umsätze (in jeweiligen Preisen, in Preisen des Jahres 2015), WZ2008, Sachsen, Jahre, Monate, Zeitreihe: 45212-003Z, Kamenz, abgerufen am 8. März 2021.

Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth*

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer*innen kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmer*innen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

Abb. 1 ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)



^{*} Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

Abb. 2 ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)

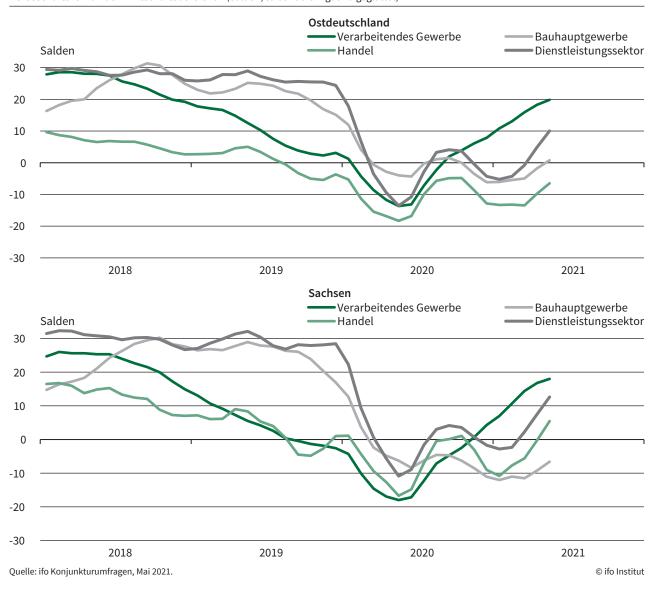
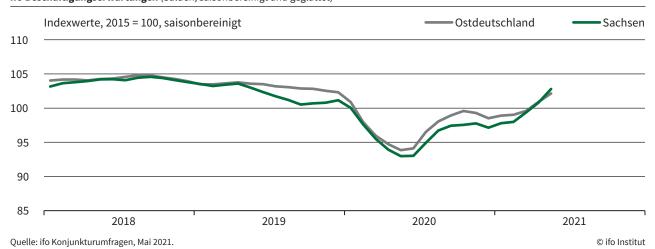


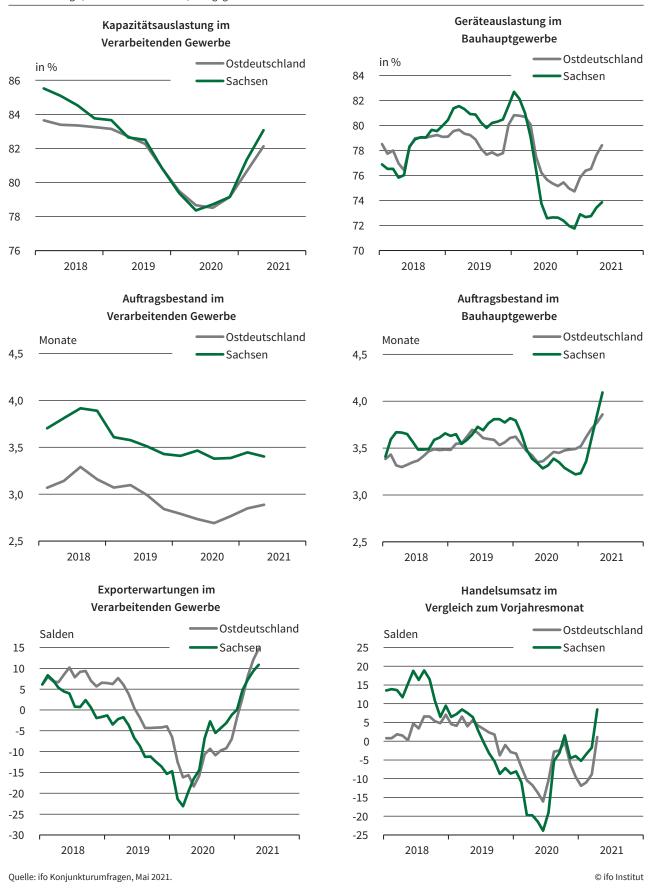
Abb. 3 ifo Beschäftigungserwartungen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



29

Abb. 4

Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen
Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



ifo Veranstaltungen

Die Dresdner Niederlassung des ifo Instituts und der Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insb. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, führten am 6./7. Mai 2021 den nunmehr 10th ifo Dresden Workshop on Labor Economics and Social Policy mit rund 30 Teilnehmenden durch. Dieser musste im Vorjahr aufgrund der Covid-19-Pandemie ausfallen. Bei dem diesjährigen Workshop, der erstmalig online stattfand, stellten 14 Doktorand*innen und Postdocs aus Europa und Amerika ihre aktuelle Forschung zu den Themen Covid-19 und Arbeitsmarkt, Familienökonomik und Migration vor. Alle Präsentationen wurden rege von den Vortragenden und weiteren externen Teilnehmenden diskutiert. Der 11. Workshop, dessen Call for Papers im Herbst 2021 veröffentlicht wird, wird 2022 voraussichtlich wieder in Präsenz in Dresden stattfinden.

Am 9./10. September 2021 veranstaltet die Dresdner Niederlassung des ifo Instituts den 11th ifo Dresden Workshop on Regional Economics. Der zweitägige Workshop bietet die Möglichkeit zum Austausch aktueller Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Regionalökonomie, insbesondere für junge Forscher*innen. Das Themenspektrum umfasst Fragen regionalen Strukturwandels, der Politischen Ökonomie, ökonomischer Geschichte sowie Public Economics. Willkommen sind insbesondere empirische Paper, die sich Kausalmethoden in einem räumlichen Kontext bedienen, natürliche Experimente nutzen oder aktuelle Geodaten und die damit verbundenen Methoden anwenden.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Veröffentlichungen

Arin, Kerim Peren, Lacomba, Juan A., Lagos, Francisco, Mazrekaj, Deni und Marcel Thum (2021), Misperceptions and Fake News During the COVID-19 Pandemic, CESifo Working Paper No. 9066.

Dorn, Florian, Gäbler, Stefanie und Felix Rösel (2021), "Ineffective Fiscal Rules? The Effect of Public Sector Accounting Standards on Budgets, Efficiency, and Accountability", Public Choice 186 (3-4), S. 387-412.

Grossmann, Jakub, Jurajda, Štěpán und Felix Rösel (2021), "Forced Migration, Staying Minorities, and New Societies: Evidence from Post-War Czechoslovakia", CESifo Working Paper Nr. 8950, März 2021.

Grossmann, Jakub, Jurajda, Štěpán und Felix Rösel (2021), "Forced Migration, Staying Minorities, and New Societies: Evidence from Post-War Czechoslovakia", IZA Discussion Paper, Nr. 14191.

Pilny, Adam und Felix Rösel (2021), "Personalfluktuation in deutschen Krankenhäusern: Jeder sechste Mitarbeiter wechselt den Job", in: Klauber, J., J. Wasem, A. Beivers und C. Mostert (Hrsg.), Krankenhaus-Report 2021: Versorgungsketten – Der Patient im Mittelpunkt. Heidelberg: Springer, S. 267-275.

Ragnitz, Joachim (2021), "Die Auswirkungen von Bevölkerungsschrumpfung und -alterung auf das Rentenversicherungssystem in Deutschland", in: Budliger, Hendrik (Hrsg.), Demografischer Wandel und Wirtschaft, Springer-Verlag, Wiesbaden, S. 13-26.

ifo Vorträge

Rösel, Felix, "Forced Migration, Staying Minorities, and New Societies: Evidence from Post-War Czechoslovakia", Vortrag bei der European Public Choice Society 2021, 21. April 2021, Lille (Frankreich), (Online-Vortrag).

Rösel, Felix, "Forced Migration, Staying Minorities, and New Societies: Evidence from Post-War Czechoslovakia", Vortrag auf Einladung der Higher School of Economics University Moskau, 01. Juni 2021, Moskau (Russland), (Online-Vortrag).

Ragnitz, Joachim, "Ostdeutschland lernt aus der Krise – Zahlen, Daten, Fakten", Impulsvortrag auf dem Ostdeutschen WirtschaftsForum OWF-Zukunft 2021, 14. Juni 2021, Bad Saarow.

Ragnitz, Joachim, "Strukturwandel auf der Unternehmensebene", Vortrag anlässlich des Fachforums "Regionale Resilienz – aus Krisen für die Zukunft lernen" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Rahmen des Programms "Region gestalten", 15. Juni 2021 (Online-Vortrag).

ifo in den Medien (Auswahl)

"Hoffnung in der Krise: Deutsche Kreise sind resilient", www.derneuekaemmmerer.de/nachrichten, 13. April 2021. "Regionale Resilienz: ein Vergleich der Krisenfestigkeit deutscher Kreise", KfW Research, Fokus Volkswirtschaft; Nr. 328, 13. April 2021.

Hinweis für externe Autor*innen

Die Redaktion von "ifo Dresden berichtet" möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autor*innen die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen.

Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter dresden@ifo.de eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift "ifo Dresden berichtet".

Formale Anforderungen:

Der Leser*innenkreis der Zeitschrift "ifo Dresden berichtet" umfasst neben Akademiker*innen vor allem Entscheider*innen aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autor*innen** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach "Rang" der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

